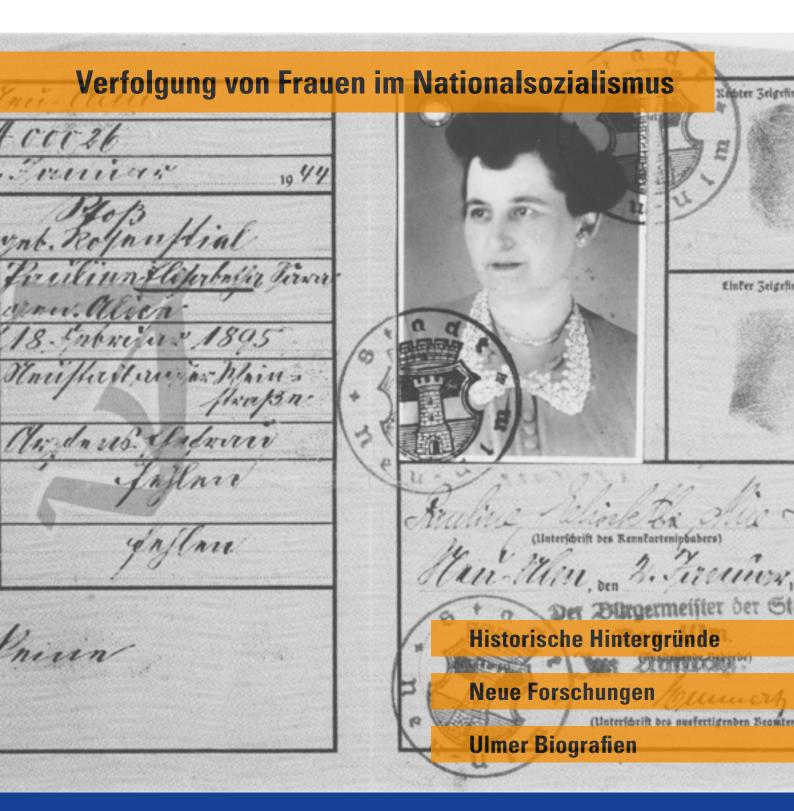


Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm e. V. – KZ-Gedenkstätte –

Mitteilungen

Heft 80 / Juni 2024



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

am 27. Januar 2024 präsentierte Anita Siemann-Wahl in der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg das erste Mal öffentlich die Biografie ihrer Mutter. Dabei war die aus Schwäbisch Gmünd stammende Elisabeth Wahl eine bewundernswert widerständige Frau, die trotz politischer Haft und heftiger Anfeindungen im Nationalsozialismus an ihren humanitären Prinzipien festhielt. Dass ihre Geschichte – anders als die ihres Ehemanns Oscar – noch nicht erzählt wurde, ist leider programmatisch für den aktuellen Stand von Geschichtsforschung und -kultur. Noch immer werden eher Männer als Akteure und Handelnde der Geschichte in den Blick genommen – trotz aller geschlechter- und frauenhistorischen Ansätze, dies zu ändern.

Die diesjährigen Gedenkveranstaltungen zum 27. Januar 2024 in Ulm und das darauf aufbauende Mitteilungsheft 80 sind also mehr als überfällig. Der Themenschwerpunkt "Verfolgung von Frauen im Nationalsozialismus" ist multiperspektivisch angelegt. Einen Überblick zu den historischen Hintergründen auf Reichsebene und den aktuellen Forschungstendenzen liefern die Beiträge unserer geschätzten Gastautor*innen Dietmar Sedlaczek und Andrea Genest. Wie sich das nationalsozialistische Frauenbild konkret auf jene Frauen auswirkte, die sich nicht an das vorgeschriebene Rollenmodell der "nationalsozialistischen Volksgenossin" und "reproduktionswilligen Mutter" anpassen wollten oder konnten, veranschaulichen die Artikel von Anita Siemann-Wahl und Josef Nassl/Paul Timm im landes- und lokalgeschichtlichen Zusammenhang.

Natürlich berichten wir auch wieder aus der aktuellen Arbeit des DZOK und unserer Partnerorganisationen: Karin Jasbar und Elke Reuther stellen vor, wie wir als Gedenkstätte und im lokalen Bündnis auf radikal rechte Angriffe reagieren und Flagge für die Demokratie zeigen. Josef Naßl bilanziert die Archivarbeit der vergangenen Jahre und verabschiedet sich von unseren Leser*innen. Über die neue Dauerausstellung im Museum zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim schreibt Silke Maurmaier inkl. Interview mit Museumsleiter Michael Niemetz. Neuigkeiten gibt es außerdem aus der Vermittlungsarbeit in der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg: Hannah Brauchle stellt ein neues medienpädagogisches Projekt vor, mit dem innovative Technik und Schulklassen zusammenkommen; Petra Wassermann und Katrin Biendl berichten über ihre Motive und ersten Erfahrungen als neue DZOK-Guides.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre, verbunden mit einem Dank an alle Unterstützer*innen und Helfer*innen, insbesondere in diesem Heft an Archivar Josef Naßl für seine hervorragende Arbeit und sein großes Engagement.

Ich freue mich darauf, Sie auf der Mitgliederversammlung oder in einer unserer kommenden Veranstaltungen zu begrüßen.

Herzlich grüßt Sie

Ihre Nicola Wenge

Einladung zur Jahres-Hauptversammlung

des Vereins Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg **Berichte und Diskussion**

Freitag, 19. Juli 2024, 17 Uhr

Volkshochschule Ulm, EinsteinHaus am Kornhausplatz, Saal im Untergeschoss

Mitglieder, Freundinnen und Freunde sowie Interessierte sind herzlich wilkommen!

Inhalt	
Vorwort	2
Frauen im Fokus der NS-Verfolgung	3
Forschungsüberblick	6
Elisabeth und Oscar Wahl	7
Verfolgung von Ulmerinnen	10
Ulmer Bündnis für Demokratie	13
Herausforderungen für die Gedenkstättenarbeit	15
Neue Dauerausstellung Museum Laupheim	16
Interview mit Michael Niemetz	17
Didaktikprojekt zum Einsatz digitaler Medien	18
Neue DZOK-Guides im Gespräch	19
DZOK-Archivar: Bilanz und Ausblick	20
Nachruf auf Frank Stella	22
Neues in Kürze	22
Neue Bücher	26
Veröffentlichungen des DZOK	30
DZOK-Programm Sommer 2024	31
Fördernde dieser Nummer	32
Beitrittserklärung	32

Titelbild: Die Neu-Ulmer Jüdin Pauline Stoß-Wallersteiner, genannt Alice, war mit einem nichtjüdischen Mediziner verheiratet. Die Ehe mit Dr. Ludwig Stoß schützte sie vor Deportation und Ermordung, nicht jedoch vor Hetze und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Pass mit stigmatisierender Kennzeichnung "J", Quelle: Stadtarchiv Ulm.

Frauen im Fokus

Viele Frauen litten im NS unter Repression und KZ-Haft. Die Gründe dafür waren vielfältig. Die nationalsozialistische Politik bedeutete auch einen Rückschritt gegenüber der Stellung der Frau in der Weimarer Republik. Ein Bruch mit Emanzipationsbestrebungen, der sich auch in der Bundesrepublik Deutschland als nachhaltig erwies.

Dietmar Sedlaczek

Vorab ein kurzer Blick auf die Zeit vor dem Nationalsozialismus: Für Frauen brachten die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts viele Veränderungen mit sich. Sie erlebten eine sich wandelnde Gesellschaft. Daran hatte auch der Erste Weltkrieg seinen Anteil, hatten doch Frauen, bedingt durch die Abwesenheit der Männer an der Front, neue eigenverantwortliche Aufgaben in der Gesellschaft übernommen. Nach Krieasende wollten sich vor allem junge Frauen nicht länger an ihre vorherigen Plätze zurückdrängen lassen. In dieser Zeit erfuhren Frauen ein gewisses Maß an Emanzipation, genossen mehr Freiheiten und kämpften für ihre Rechte, insbesondere in Bezug auf das Wahlrecht, das Recht auf Abtreibung und die Gleichstellung der Geschlechter. Frauen agierten nicht mehr länger ausschließlich nur in ihren häuslichen Rollen als Ehefrauen und Mütter. Sie konnten am politischen, beruflichen und sozialen Leben teilnehmen und arbeiteten als Telefonistin, in der Konfektion, als Stenotypistin, aber auch als Künstlerin und Ingenieurin oder Ärztin. Der große Bedarf an Angestellten eröffnete auch Frauen aus unteren gesellschaftlichen Schichten neue Verdienstmöglichkeiten.

Langsam begann sich das Frauenbild in der Gesellschaft zu verändern. Ein Schlagwort der Weimarer Republik symbolisiert diese Entwicklung: die neue Frau. Ausgestattet mit einem pflegeleichten Bubikopf und luftigen, das Bein befreienden Chiffonkleidern, nahm die neue Frau ihr Leben selbstbewusst und eigenverantwortlich in die Hand. Die neue Frau fuhr Auto und Fahrrad, vergnügte sich im Kino oder Café und trieb auch Sport, denn der Trend ging zur schmalen, fast knabenhaften Silhouette.



Modernisierung des Frauenbilds in der Weimarer Republik. Quelle: Archiv DZOK Ulm, A 4764.

Die neue Frau ist auch das Schlagwort in Bezug auf sich wandelnde Rollenbilder und sich verändernde Verhältnisse zwischen den Geschlechtern. Themen wie körperliche Selbstbestimmung, Cross-dressing und Homosexualität rückten in den Fokus gesellschaftlicher Wahrnehmung. Am 23. November 1928 stellte der bekannte Sexualwissenschaftler Dr. Magnus Hirschfeld eine bemerkenswerte wie klare ärztliche Bescheinigung aus: "Die Patientin Eva Katter {...} ist im klinischen Sinne Transvestit. Zur Erhaltung ihres seelischen Wohlbefindens und ihrer Arbeitsfähigkeit bedarf sie daher der Möglichkeit die Kleidung des männlichen Geschlechts tragen zu können, die ihrem Wesen entspricht."1

Bereits ab 1900, besonders aber in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, erlangten queere Menschen im öffentlichen Raum mehr Sichtbarkeit. Die traditionellen Rollenbilder von Mann und Frau wurden in Frage gestellt. Der gesellschaftliche Umgang mit Sexualität wurde offener. Homosexuelle Frauen und Männer, trans* und nicht-binäre Personen erzielten im Kampf für gleiche Rechte und Akzeptanz besonders in den Großstädten erste Erfolge. Doch mit der größeren Sichtbarkeit gingen auch gesellschaftliche, religiöse und politische Widerstände einher.

Allerdings gab es auch weiterhin gesellschaftliche Vorurteile und Einschränkungen, insbesondere in Bezug auf die traditionellen Geschlechterrollen. Auch darf nicht übersehen werden, dass das Frauenbild in dieser Zeit je nach Region und gesellschaftlicher Zugehörigkeit unterschiedlich war; die Situation in den urbanen Zentren war eine andere als in Kleinstädten oder der Provinz. Frauenalltag war zudem jeweils geprägt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse.

Das nationalsozialistische Frauenbild

Mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland wurde in vielen Bereichen diese Entwicklung wieder rückgängig gemacht. Die Vorstellung einer homogenen "Volksgemeinschaft" als Kerngedanke der NS-Ideologie ließ dabei wenig Spielraum für das Ausleben oder Weiterleben emanzipatorischer Werte und Frauenrechte, die mühsam in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts erstritten worden waren. Spöttisch ließe sich über das nationalsozialistische Frauenbild sagen: es "war im Grunde kein Frauen-, sondern ein Mutterbild: Ein weiblicher Mensch wurde fast nie als "Frau" gesehen, sondern immer gleich als "Mutter""2 Nach den Vorstellungen der NS-Ideologen war die Frau von Natur aus dazu bestimmt, Kinder zu gebären und im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie aufzuziehen. Im Parteiprogramm der NSDAP hieß es dazu: "Der Staat muss für die Hebung der Volksgesundheit durch den Schutz der Mutter und des Kindes sorgen".5 Der Schutz der Mutter ist also klar der Verbesserung der Volksgesundheit und damit der NS-Rassenpolitik untergeordnet. Eine Frau, die im rassenideologischen Sinn nicht deutsch war, wurde nicht als gleichwertiger Mensch anerkannt.

Der Nationalsozialismus ging von der Ideologie eines gesunden deutschen Volkskörpers aus, die zu einer rassistisch begründeten Hierarchisierung

INFO

Der Text basiert auf dem Vortrag "Frauen im Fokus. Verfolgung im Nationalsozialismus" am 27.1.2024 im Stadthaus Ulm.



Frauen reduziert auf ihre Rolle als Mutter. Geburtsfeier für das vierte Kind des Ulmer NSDAP-Kreisleiters Eugen Maier, Februar 1938. Quelle: Archiv DZOK Ulm, A 126.

und Selektion von Menschen führte. Dem lag die Annahme der Existenz höherwertiger und minderwertiger Menschen sowie der Vererbbarkeit ihrer Wertigkeit zu Grunde. Um die genetische Qualität der Bevölkerung zu verbessern, sei die Fortpflanzung der als höherwertig geltenden zu fördern, diejenige der sogenannten Minderwertigen zu unterbinden, so der biopolitische Plan der Nationalsozialisten. Doch so sehr der "blutsmäßige" oder ererbte Wert im Nationalsozialismus auch betont wurde; er war kein Wert an sich. Vorteile aus der Zugehörigkeit zur sogenannten deutschen oder arischen Rasse galten nur in Verbindung mit der Unterwerfung unter die Ziele des nationalsozialistischen Staates bzw. der Eingliederung in die "Volksgemeinschaft". Die Charakterisierung eines vom nationalsozialistischen Normensystem abweichenden Verhaltens als "asozial" ermöglichte dabei eine Differenzierung innerhalb der "Volksgemeinschaft". Als "asozial" etikettiert, wurden Arbeitslose, Wohnungslose, Prostituierte, Homosexuelle und auch sozial unangepasste Jugendliche in Arbeitslagern, Arbeitshäusern und geschlossenen Anstalten interniert, in Konzentrationslager eingewiesen und anderen Zwangsmaßnahmen wie zum Beispiel der Sterilisation unterworfen. Behinderte wurden als lebensunwerte Existenzen diffamiert und per se aus der Volksgemeinschaft herausdefiniert, zwangssterilisiert oder umgebracht. Sie galten als Gefahr für den gesunden Volkskörper und als Ballast für die Volkswirtschaft.

Gänzlich außerhalb der Volksge-

meinschaft standen Sinti*zze und Rom*nja, Jüdinnen und Juden, auch wenn sie Deutsche waren und schon über viele Generationen hier ihre Heimat hatten. Antiziganismus und Antisemitismus haben eine lange Geschichte in diesem Land; im NS-Staat ging es zunächst um das Verdrängen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, Bildung und Beruf, dem öffentlichen Raum, dem eigenen Zuhause, schließlich "in eine Kiste gepfercht, wie unnützer Hausrat", so beschrieb die Holocaustüberlebende Ruth Klüger die Fahrt im Deportationszug nach Auschwitz.4

Politische Verfolgung von Frauen

Doch gehen wir noch einmal einen Schritt zurück. Am Beginn des nationalsozialistischen Terrors stand die Verfolgung und Unterdrückung der politischen Gegner. Zunächst waren hiervon vor allem Männer betroffen. Doch über das Jahr 1933 stieg allmählich die Zahl weiblicher Häftlinge und es entstanden eigene Haftorte für Frauen: Gotteszell in Schwäbisch Gmünd, Brauweiler bei Köln. Ende 1933 wurde in Moringen im heutigen Niedersachsen aus einer seit Juni 1933 bestehenden Schutzhaftabteilung für Frauen ein Frauenkonzentrationslager errichtet, das sich nach der Schließung von Brauweiler zum zentralen Frauen-KZ in Preußen entwickelte. Die meisten seiner weiblichen Häftlinge waren Anhängerinnen der KPD, dann auch der Sozialdemokraten.

Es bedurfte nur wenig, um einen Schutzhaftbefehl für die Einweisung in ein Konzentrationslager zu erhalten. Es konnte bereits ausreichen, wenn der Ehemann politisch aktiv war, um selbst verhaftet zu werden. Doch Frauen können in ihrer Bedeutung für den politischen Widerstand mitnichten auf die Rolle ihrer Ehemänner reduziert werden. waren sie doch selbst in vielfältiger Weise aktiv im Kampf gegen das NS-System. Frauen versteckten Regimegegner oder schmuggelten sie ins Ausland, vervielfältigten und verteilten illegale Flugblätter, leiteten Waffen und Nachrichten ausländischer Sender weiter. Verfolgten Menschen gewährten sie Unterschlupf, beschafften ihnen Lebensmittel und Kleidung. Ein solches Verhalten konnte für Frauen - wie für Männer - gefährlich werden und bedeutete für sie selbst oft ein Leben in der Illegalität oder das Führen eines Doppellebens und damit den Verzicht auf das gewohnte, gesicherte Umfeld. Die eigenen Kinder gaben sie nicht selten für die Zeit des Untertauchens in die Obhut von Freunden oder Verwandten. Viele dieser Frauen wurden denunziert oder verraten, erlebten Haft und Konzentrationslager, manche verloren ihr Leben. Und für etliche von ihnen war das Frauen-KZ Moringen auch nicht der erste Haftort gewesen. Zahlreiche Frauen erwartete nach der Verbüßung einer regulären, oft mehrjährigen Haftstrafe, zum Beispiel im Frauengefängnis Aichach bei Augsburg, nicht die Freiheit, sondern ein Schutzhaftbefehl für das Frauen-KZ.

Ausweitung der Verfolgung

Ab der Mitte der 1930er Jahre gerieten neben Menschen, die sich im politischen Widerstand befanden, zahlreiche weitere Gruppen in den Fokus nationalsozialistischer Verfolgung. Im Frauen-KZ Moringen zählten dazu beispielsweise Frauen, die sich abfällig über das NS-System oder seine Repräsentanten geäußert hatten, die sich dem Vorwurf der Prostitution oder der "Rassenschande" ausgesetzt sahen, ebenso wie sogenannte Berufsverbrecherinnen und jüdische Remigrantinnen, aber auch Frauen, die bei anderen Frauen einen Schwangerschaftsabbruch nommen hatten.

Neben dem organisierten politischen Widerstand waren Frauen auch am weltanschaulichen bzw. religiösen Widerstand beteiligt. Zum weltanschaulichen Widerstand gehörten neben den beiden großen christlichen Kirchen die sogenannten Internationalen Bibelforscher (Zeugen Jehovas). Immer wieder gingen sie bewusst mit Flugblättern und Aktionen an die Öffentlichkeit. Dabei riskierten sie den Verlust des Arbeits-

platzes und sogar den Sorgerechtsentzug für das eigene Kind. Im Frauen-KZ Moringen stellten die Zeuginnen Jehovas ab 1937 die zahlenmäßig größte Häftlingsgruppe dar.

Die religiöse Gemeinschaft der Zeugen Jehovas wurde nach ersten Länderverboten im Sommer 1933 und besonders aber nach dem am 1. April 1935 erlassenen "Reichsverbot" zunehmend von den nationalsozialistischen Behörden verfolgt. Das Verbot dieser Vereinigung resultierte aus der konsequenten Verweigerungshaltung gegenüber den Herrschaftsansprüchen des NS-Staates. Die Zeugen Jehovas widersetzten sich dem Regime, indem sie z. B. den "Deutschen Gruß" verweigerten, die Zwangsmitgliedschaft in den zahlreichen nationalsozialistischen Organisationen oder die Teilnahme an Luftschutzübungen. Ihre beharrliche Weigerung, Militärdienst zu leisten, wurde von den Nationalsozialisten als Beleg für ihre "staatsfeindliche Gesinnung" angesehen.

Frauen-Konzentrationslager 1938-1945

Das KZ-System wurde von den Nationalsozialisten immer wieder verändert, zentralisiert und neu organisiert. Haftstätten wurden geschlossen und neue errichtet. Das Frauen-KZ Moringen wurde im März 1938 aufgelöst und das KZ Lichtenburg in der Nähe von Wittenberg wurde jetzt zum zentralen Frauenkonzentrationslager. Fortan wurden Frauen aus dem gesamten Reichsgebiet hierhin überstellt. 1939 wurden die Häftlinge dann in das neu errichtete KZ Ravensbrück verbracht. Neben den drei zentralen Frauenkonzentrationslagern Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück waren Frauen natürlich auch in anderen Konzentrationslagern und Haftstätten inhaftiert.

An der Geschichte der drei genannten Haftorte für Frauen lassen sich gravierende Veränderungen im KZ-System ablesen. Während zunächst der Zweck der Lager in der unmittelbaren Repression gegenüber den politischen Gegnern bestand, wurden die Lager ab der Mitte der 1930er Jahre zu Instrumenten einer langfristigen Biopolitik, von der immer neue soziale Gruppen betroffen waren. Masseninternierung und unbefristete Internierung wurden zu ihren Kennzeichen. Aus temporärer Haft zur vermeintlichen Besserung wurde die Dauerverwahrung als asozial titulierter sogenannter "Volksschädlinge". Aus dem Standard der Schutzhaft als Instrument der sogenannten vorbeugenden Verbrechensbekämpfung entwickelte sich das

Prinzip der Vernichtung durch Arbeit. Dabei wurde das KZ Ravensbrück für Frauen zum Ort der Masseninternierung und des Todes.

Nach 1945

Oft erst Jahrzehnte nach dem Ende der NS-Herrschaft brachen viele der überlebenden Frauen ihr Schweigen und begannen über ihre Geschichte, ihre Verfolgung, ihre Haft in Gefängnis oder Konzentrationslager zu sprechen. Es bestand in der frühen Bundesrepublik auch kein Interesse an ihren Erinnerungen. Eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und ein Gedenken und Erinnern seiner Opfer fanden nicht statt.

Zwar kam es in der frühen Nachkriegszeit unter der Ägide der Besatzungsmächte und zumeist auf Initiative von NS-Verfolgten zu einer Reihe von Denkmalsetzungen an Verbrechensorten, doch standen in den 1950er und 60er Jahren die heimkehrenden deutschen Soldaten aus der Kriegsgefangenschaft und die Vertriebenen im Vordergrund. In dieser Zeit mussten die Verfolgten des Naziregimes die Erinnerung an die NS-Vergangenheit gewissermaßen selbst wachhalten.

Einzig die ehemaligen Häftlinge beschäftigen sich mit dieser Geschichte und kamen von ihr nicht los. Über die Bedeutung der Spätfolgen von Verfolgung und KZ-Haft, war zu diesem Zeitpunkt, zumindest in Deutschland, noch nichts bekannt. Und die Frauen? Die in der NS-Zeit Verfolgung erfahren haben, sich auf unterschiedliche Weise verweigert, sich den Erwartungen des Systems widersetzt, aktiv und unter Einsatz des eigenen Lebens Widerstand geleistet hatten? Viele kehrten zurück in ihre Familien, zu ihren Ehemännern. Ihre Geschichte blieb lange eine persönliche Geschichte, nicht erzählbar in der Öffentlichkeit.

Das herrschende Frauenbild in der Nachkriegszeit und den ersten Jahrzehnten der jungen Bundesrepublik knüpfte nicht an die emanzipatorische Entwicklung vor der NS-Diktatur an, sondern drängte die Frau in alte Rollenbilder und Geschlechterverhältnisse zurück. Dass die Gleichstellung von Frau und Mann ins Grundgesetz geschrieben wurde, verdanken wir den wenigen Müttern des Grundgesetzes. Unter den 65 Mitgliedern des Parlamentarischen Rates, die unsere Verfassung erarbeitet haben, waren gerade einmal vier Frauen.

- 1 Institut für Sexualwissenschaft Berlin: Transvestiten-Bescheinigung für Eva Katter vom 23.11.1928. https://www.dhm.de/ blog/2019/07/23/wozu-das-denn-ein-scheinzum-anders-sein/ (24.04.2024)
- 2 Irmgard Weyrather: Muttertag und Mutterkreuz. Der Kult um die "deutsche Mutter". Frankfurt am Main 1993, S. 9
- 3 Zit. n. ebenda
- 4 Ruth Klüger: Weiter leben. Eine Jugend. Göttingen 1992, S. 108



NS-Propagandaplakat aus dem Sudetenland, 1944.



CDU Wahlkampfplakat zur Bundestagswahl 1953 im Zeichen des Kalten Krieges. Quelle: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP).

Geschlechterhistorische Fragen und Forschungen

"Warum gab es denn eigentlich ein Lager extra für Frauen?" Eine Frage, die von Besucher*innen der Gedenkstätte Ravensbrück als Ort des zentralen Frauen-Konzentrationslagers im Deutschen Reich zu meinem Erstaunen häufig gestellt wird. Womit das zusammenhängt und wo die Frauenforschung zum Nationalsozialismus heute steht, ist Gegenstand dieses Artikels.

Andrea Genest

Entstammt die oben zitierte Frage dem Interesse an geschlechterhistorischen Fragestellungen - oder werden Frauen beim Thema "politische Verfolgung" erst einmal ausgeklammert? In der Tat ist zu beobachten, dass die Inhaftierung von Frauen im Nationalsozialismus oft weniger politisch motiviert wahrgenommen wird als die von Männern. Die frühe Frauenforschung zum Nationalsozialismus kreiste seit den späten 1970er Jahren erst einmal vornehmlich um die Dichotome "Opfer" und "Täterin", bevor sie seit den 1990er Jahren zu einer stärkeren Differenzierung fand. Maßgeblich für diese Entwicklung waren hier Forschungen zum Widerstand von Frauen in den einzelnen europäischen Ländern, zur Rolle von Frauen in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft oder auch die Differenzierung als Mitläuferinnen, Profiteurinnen des NS-Regimes oder gar Täterin. Das Narrativ zur Verfolgung von Frauen war jedoch auch in den 1990er Jahren noch weitgehend davon bestimmt, dass der Fokus auf politische Verfolgung und Widerstand gelegt wurde.

Seit den 2000er Jahren schloss sich darum eine verstärkte Erforschung jener Frauen an, die nicht aus dem unmittelbaren und aktiven politischen Widerstand kamen. Zu ihnen gehören beispielsweise die Zeuginnen Jehovas, Frauen, die wegen des Delikts "Verkehr mit Fremdvölkischen" verfolgt und in Konzentrationslager eingewiesen wurden, als "asozial" gebrandmarkt oder auch als lesbisch verfolgt. Insbesondere für die letzte Gruppe ist der Ansatz der Intersektionalität, der das Zusammenwirken mehrerer Unterdrückungsmechanismen beschreibt, ein wichtiger Schritt in der Sichtbar-



DIE AUTORINDr. Andrea Genest ist Politikwissenschaftlerin und Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück.

machung unterschiedlicher und sich verstärkender Verfolgungsinteressen der Nationalsozialisten.

Die Frauenforschung zum Nationalsozialismus ist bis heute nicht vollständig im historiographischen Mainstream angekommen. liegt unter anderem daran, so Carola Sachse, dass sie ursprünglich stark aus einem politischen Engagement heraus initiiert wurde - und somit Erkenntnisinteressen Fragestellungen politischer entsprangen, die nach einer historischen Fundierung suchten.¹ Dieser Ursprung mündet nun in einer verstärkten Politisierung wissenschaftlicher Forschungsansätze.

Der Eindruck einer weniger starken politischen Haltung bei Frauen mag auch ihren eigenen Erzählstrategien entspringen, da in Erinnerungsberichten häufig der soziale Zusammenhalt und die Überlebensmöglichkeiten betont werden, weniger aber die politische Motivation oder gar Fraktionierung. Eine qualitative und vergleichende Analyse der Zeitzeug*innenberichte steht hier dringlich an.

Des Weiteren gilt es mit Blick auf die Erforschung der Häftlingsgesellschaften in Frauen-Konzentrationslagern und Gefängnissen, die einzelnen, vor allem nationalen Haftgruppen stärker zu differenzieren, um ihre Heterogenität aufzuzeigen - und somit die unterschiedlichen Formen der Verfolgung zu verdeutlichen.² Zugleich fehlt es aber auch an Studien zu transnationalen Kontakten und Kooperationen, sowohl in der Widerstandstätigkeit und Verfolgung in den okkupierten Ländern als auch in der Haft. Ein wesentliches Desiderat liegt zudem in der Erforschung ziviler Zwangsarbeiter*innen, die im besetzten Europa eingesetzt waren - die Forschung zur zivilen Zwangsarbeit im Deutschen Reich ist hingegen relativ weit fortgeschritten - als auch der Frauen in den Konzentrationslagern. Insbesondere in den Lagern wird ihr Schicksal weitgehend ignoriert, obwohl ihre Zahl zum Ende des Krieges deutlich zunahm.

Die Frauenforschung zum Nationalsozialismus würde durch vergleichende sozialhistorische Fragestellungen gewinnen, die verstärkt die Kategorien Class und Gender einbezögen.

LITERATUR

Johanna Gehmacher; Gabrielle Hauch (Hrsg.): Frauen- und Geschlechtergeschichte des Nationalsozialismus. Fragestellungen, Perspektiven, neuere Forschungen, Innsbruck u. a. 2007.

Insa Eschebach (Hrsg.) Das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. Neue Beiträge zur Geschichte und Nachgeschichte, Berlin 2014.

Martin Lücke: Die Verfolgung lesbischer Frauen im Nationalsozialismus, In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 70. Jg., Nr. 5, 2022. S. 422-440.

¹ Vgl. Carola Sachse: Frauenforschung zum Nationalsozialismus. Debatten, Topoi und Ergebnisse seit 1976, in: Mittelweg 36, H. 2, 6. Jg., 1997, S. 24-33.

² Vgl. jüngst Mechthild Gilzmer, Hannah Sprute (Hrsg.): Frauen aus Frankreich im KZ Ravensbrück (1942-1945). Deutsch-französische Forschungsperspektiven. Berlin 2023.

Aus dem Leben von Elisabeth und Oscar Wahl

Am 27. Januar 2024 präsentierte Anita Siemann-Wahl in der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg nach langen eigenen Recherchen erstmals öffentlich die Geschichte ihrer Eltern, die 1933 in den KZ Gotteszell bzw. Heuberg und Kuhberg inhaftiert wurden. Hier das Wichtigste aus ihrem Text.

Anita Siemann-Wahl

Meine Eltern Oscar Wahl, am 9.12.1901 geboren, und Elisabeth Wahl, am 17.3.1904 geboren, lernten sich 1914 als Nachbarskinder in der Schwäbisch Gmünder Bergstraße kennen.

Mein Vater hat in Gmünd ab 1915 eine Lehre als Elektriker absolviert, schließt sich früh der Gewerkschaft an und arbeitet danach als Elektromonteur. Mit 15 Jahren tritt er in die SPD ein, gehört aber von Beginn an als Gegner der Zustimmung zu den Kriegskrediten der Mehrheits-SPD zum linken Flügel "Spartakusbund", der 1917 zur USPD wechselt, und wird zugleich Mitglied der "Roten Hilfe". Nach der Auflösung der USPD 1931 tritt er der Gmünder KPD-Ortsgruppe bei und wird deren Schriftführer.

Meine Mutter besuchte bis zur neunten Klasse die höhere Töchterschule St. Ludwig in Gmünd, geht anschließend 1919 in die Lehre als Putzmacherin, wird aber nach Abschluss der Lehre 1922 wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage nicht übernommen. Sie hilft nun in der Gastwirtschaft der Mutter. In ihrer Freizeit ist sie aktive Turnerin im Arbeiter-Turnerbund.

Oscar und Elisabeth heiraten im Dezember 1926 und ziehen ins Haus der Eltern meiner Mutter; im April 1927 wird Tochter Hertha geboren, im Dezember 1930 der Sohn Oscar und im Juni 1932 der Sohn Kurt.

Widerstand und Verfolgung des Vaters

Mit dem Aufstieg der NSDAP in Gmünd engagiert sich mein Vater immer stärker gegen das kommende Unheil. Nachdem sein Parteigenosse und Freund, der Gmünder Alfred Haag, bereits am 13. Februar 1933 verhaftet worden ist, wird er dessen Nachfolger als Organisator des Widerstandes gegen die NSDAP und Hitler. Er schreibt und verteilt Ende Februar und Anfang März mehrere Flugblätter vor der Reichstagswahl am 5. März, um noch in letzter Minute vor einem Sieg der Nazis zu warnen. Er ahnt aber wohl schon die kommende Rache der NSDAP, denn die Schreibmaschine versteckt er hinter der Holzverschalung des Klos der Wohnung.

Am frühen Morgen des 11.3.1933 dringen zwei bewaffnete SA-Leute in die Wohnung der Familie ein, nehmen meinen Vater fest und durchsuchen das ganze Haus, finden aber weder Flugblätter noch Schreibmaschine. Trotzdem wird er abgeführt. Zunächst wird mein Vater auf den Hohen Asperg gebracht, in das traditionelle Gefängnis für politische Häftlinge in Württemberg. Von dort aus wird er nach Stuttgart in das Gefängnis der Politischen Staatspolizei in der Büchsenstraße überstellt. Verhört wird er im "Hotel Silber", dem Hauptquartier der Politischen Polizei in Württemberg.



Oscar Wahl, 1933, Quelle: privat,

Am 21.3.33 wird er in das Lager Heuberg eingewiesen. Dort ist mein Vater einer besonders brutalen Misshandlung durch die SA-Wachmannschaften ausgesetzt, wie ein Mithäftling im späteren Entschädigungsprozess berichtet. Die schlimmen Verhöre bringen aber nicht den erwünschten Erfolg; mein Vater verrät weder seine Parteigenossen, die beim Verteilen der

Flugblätter geholfen haben, noch, wer sie geschrieben hat und welche weiteren Aktionen geplant waren. Daraufhin kommt ein absurdes Verfahren in Gang, das zur Auffindung der Schreibmaschine führen soll. Wie aus den Polizeiakten zu entnehmen ist, dient dies zur Vorbereitung eines Hochverratsprozesses.

Inhaftierung der Mutter: Sippen- und Geiselhaft

Deshalb wird auch meine Mutter, weder Parteimitglied noch an den Aktivitäten ihres Mannes beteiligt, Ende März/Anfang April 1933 von der Gestapo abgeholt und ins Frauen-KZ Gotteszell gebracht. Bei den dortigen Verhören geht es ausschließlich darum, die Namen der Mittäter des Ehemannes aus ihr herauszuquetschen. Ihre Haft wird gleichzeitig dazu verwendet, meinen Vater aus Angst um seine Frau nun zu einem Geständnis zu zwingen.

Meine Großmutter muss in der Zwischenzeit die drei Kinder versorgen. Nach einigen Wochen Ungewissheit, wann ihre Tochter freikäme und wieder bei ihren Kindern sein konnte. entschließt sie sich aktiv zu werden. Sie nimmt die drei Kinder und marschiert mit ihnen zum Kreisleiter der NSDAP in Gmünd, Alfons Baur. Sie wird zu ihm in sein Büro vorgelassen. Bevor dieser irgendetwas sagen kann, setzt sie die weinenden Kinder auf dessen Schreibtisch und brüllt ihn an: "Wenn meine Tochter nicht sofort freikommt, überlasse ich Ihnen die Kinder und Sie versorgen sie." Sie hat Erfolg, da sich Baur für einen Nazi noch recht menschlich zeigt und die Freilassung veranlasst. Zwei Tage später ist meine Mutter wieder zu Hause. Sie ist aber weiteren Demütigungen ausgesetzt, weil sie als Haushaltshilfe bei Nazigrößen dienstverpflichtet wird.

Die Schreibmaschine – Folter und Geständnisse

Bis Anfang April 1933 hat meine Mutter keinerlei Nachrichten von ihrem Mann, nur aus einem Artikel der "Rems-Zeitung" kann sie erschließen, was wohl mit ihm geschehen ist. Ein ebenfalls auf dem Heuberg einsitzender KPD-Genosse wird am 13.4.1933 entlassen und überbringt ihr am 15.4. Nachrichten meines Vaters. Dieser hat ihm aufgetragen, meine Mutter dringend auf-

zufordern, die Schreibmaschine aus dem Klo zu entfernen und fortbringen zu lassen. Mit Hilfe eines Nachbarn gelingt ihr das auch.

Mein Vater wird weiterhin auf dem Heuberg ohne Erfolg schikaniert, bis am 8.6.33 ein anderer Gmünder Mithäftling einknickt und umfangreiche Informationen über die Tätigkeit der Gmünder KPD im Februar und März 33 preisgibt. Auf ihn war die Gestapo gekommen, weil am 1.6.33 Lina Haag, Frau des KPD-Abgeordneten Alfred Haag, bei einem Verhör in Gotteszell ihr bisheriges Schweigen gebrochen und seinen Namen verraten hat. Jetzt erfährt die Gestapo durch ihn, dass mein Vater die Schreibmaschine, die ursprünglich bei Lina Haag aufbewahrt worden war, übernommen hat und auch, dass auf ihr Flugblätter und die KPD-Zeitschrift "Der rote Schmied" geschrieben worden sind. Man kann sich vorstellen, wie man nun meinen Vater dazu gebracht hat, das Versteck der Schreibmaschine zu verraten. Wohl ging er auch davon aus, dass man sie dort nicht mehr finden würde. Auch bei dieser Suche findet die Gestapo tatsächlich nichts in der Wohnung. Nun zwingt man ihn, seiner Frau einen Brief zu schreiben, in dem er sie auffordern muss zu verraten, wer die Schreibmaschine abaeholt hat.

Jetzt wird meine Mutter am 14.6. wieder vorgeladen. Sie streitet alles ab und glaubt auch nicht, dass mein Vater den Brief freiwillig geschrieben hat.

Die intensiven Verhöre von weiteren Genossen führen zu einem erneuten Verhör meiner Mutter am 20.7. Am 24.7. kommt sie endgültig zum zweiten Mal in "Schutzhaft" nach Gotteszell. Nach einem Verhör am 31.7. beschreibt der Polizist sie als "hartnäckige Leugnerin", wie aus einem Verhörprotokoll hervorgeht.

Man hört hier die Drohung zwischen den Zeilen, ihr würden die Kinder entzogen, wenn sie nicht gestehe. Die "Schutzhaft" wird weiter verlängert. Bis zum 7.8. tritt sie daraufhin in Hungerstreik. Nun wird ihr angedroht, unbefristet in Haft zu bleiben ohne Aussicht auf Entlassung wie bei ihrer letzten Haft. Zudem wird ihr Nachbar verhört. Dieser liefert die gewünschten Informationen und auch den Namen des jungen Mannes, der die Schreibmaschine abgeholt hat.

Unter dem Druck dieser Aussage und der Angst, ihre Kinder zu verlieren, gibt auch sie unter Tränen zu, von der Weitergabe der Maschine an einen jungen Mann gewusst zu haben. Daraufhin wird sie aus der Haft entlassen. Weitere Verhöre dieses jungen Genossen führen nun am 9.9.1933 zur Auffindung der Maschine. Die Maschine wird eingezogen und als Beweismittel bis zur Eröffnung des Hochverratsprozesses einbehalten. Ein Typenvergleich soll zeigen, für welche subversiven Schriften sie benutzt worden ist, z.B. auch für Artikel in der Zeitschrift "Das Tribunal". Im Gegensatz zu vielen anderen Naziopfern hatte mein Vater aber Glück im Unglück. Zu einer solchen Anklage ist es nämlich nie gekommen.

KZ Oberer Kuhberg und Folgen für die Familie

Als das Lager Heuberg aufgelöst wird, kommt mein Vater Anfang Dezember 1933 nach Ulm in das KZ Oberer Kuhberg. Auch dort wird er fortgesetzt geschlagen, geguält und gedemütigt. Wegen der unmenschlichen und entwürdigenden Behandlung war mein Vater nach seiner Entlassung depressiv geworden. Auch später hat er uns Kindern nie etwas Konkretes über die Misshandlungen berichtet. Nur die Erzählungen meiner Mutter erklärten mir, wie es in meinem Vater aussah. Auch körperlich hinterließ die Haftzeit Spuren. Mein Vater trug wegen der brutalen Schläge und Tritte eine schwere Kopfverletzung davon, wohl einen Bruch des Jochbeins, und litt daraufhin zeit seines Lebens unter dauernden Kopfschmerzen und Schlafstörungen.

Bis zur Rückkehr ihres Mannes ernährt meine Mutter ihre Familie mit Heimarbeit für die Gmünder Firma Schleich. Zusätzlich nimmt sie Näharbeiten von Freunden und Nachbarn an. Am 6. Januar 1934, am frühen Nachmittag, schaut meine Mutter

AUSZUG AUS VERHÖRPROTOKOLL DES POLIZEIAMTS GMÜND, 7. AUGUST 1933:

"Dagegen musste ich gegen Elisabeth Wahl unterem (sic!) 31.07.1933 um Bestätigung der verhängten Schutzhaft ersuchen. Frau Wahl ist eine hartnäckige Leugnerin, frech und gleichgültig, kein Gefühl in sich tragend, Rücksicht auf ihre 3 Kinder zu nehmen, ihr Gewissen zu entlassen und der Wahrheit die Ehre zu geben. Sie trat 5 Tage in Hungerstreik und erst als sie merkte (...), dass eine Entlassung diesmal nicht in Frage komme, (...) griff sie wieder zum Essen."

aus dem Fenster. Da kommt ihr Mann ihr über die Wiese entgegen. Nach seiner Entlassung aus dem KZ war er zu Fuß nach Hause marschiert, immer am Bahngleis der Strecke Ulm-Göppingen-Gmünd entlang, um sicher nach Hause zu finden.

Dennoch bleibt das Leben der Familie schwer. Mein Vater ist arbeitslos, weil das Arbeitsamt ihm wegen seiner politischen Tätigkeit und seiner Haft keine Stelle vermittelt. Er muss sich zudem täglich. später wöchentlich bei der Gestapo melden und Stillschweigen über seine Zeit im KZ bewahren. Meine Mutter arbeitet weiterhin als Heimarbeiterin und Näherin. Es reicht aber kaum für das Nötigste. Mein Vater bildet sich im Selbststudium zum Elektrotechniker weiter und erwirbt gute Kenntnisse in Hochfrequenztechnik, was ihm später den Dienst an der Front ersparen sollte, aber wenig zum Broterwerb beiträgt. Er stellt Radios in seiner häuslichen Werkstatt her und verkauft sie. Auch hier arbeitete er noch subversiv: Für enge Vertraute hatte die Empfangsskala ein Geheimnis. Hinter den unverdächtigen Sendern wie Stuttgart oder München verbargen sich immer an zwei Stellen die "Feindsender" Beromünster in der Schweiz und BBC in London.

Aus Mitleid stellt ihn ein Freund, Besitzer der Autoelektrik-Firma OSPA, Anfang November 1934 zu einem Lohn von 100 Mark im Monat für einige Stunden in der Woche an. Dort entwickelt er Prüfgeräte für Autobatterien und andere elektrische Bauteile.

Der Zweite Weltkrieg

entbehrungsreiche, ruhigere Zeit findet im August 1939 mit der Mobilmachung ein Ende. Mein Vater wird eingezogen und dem Ausbildungslager einer Motorradstaffel in Berlin zugewiesen. Beim "Polenfeldzug" wird er für Fahrzeugreparaturen eingesetzt. Dabei fällt seinen Vorgesetzten auf, dass er sich mit Funkgeräten auskennt. So wird er im Frühjahr 1940 an die Heeresversuchsanstalt Peenemünde zur Arbeitsgruppe um Wernher von Braun abkommandiert und muss bei der Entwicklung der Funktechnik für die Rakete V2 mitarbeiten.

Als Peenemünde im August 1943 bombardiert wird, wird seine Abteilung in den Westerwald verlegt. Dort sollen sie Funk- und Radargeräte, die aus abgestürzten feindlichen Flugzeugen ausgebaut worden sind, so umrüsten, dass sie in deutschen Flugzeugen verwendet werden

können. Der Vorgesetzte war allerdings kein Nazi und erkannte in meinem Vater einen Gleichgesinnten. Sie sabotieren die Aufgabe. Je weniger effektiv seine Abteilung sei, meint der Vorgesetzte, desto früher sei dieser unsägliche Krieg zu Ende.

Auch meine Mutter daheim blieb von den Auswirkungen des Krieges nicht unberührt. In der unmittelbaren Nachbarschaft meines Elternhauses lag die Metallwarenfabrik Erhard und Söhne, die auf Munitionsproduktion umgerüstet worden war. Ab 1943 werden dort auch aus Griechenland verschleppte Jugendliche als sogenannte "Fremdarbeiter" eingesetzt.

Eines Abends im Herbst 1943 traf meine Mutter einen weinenden 16-jährigen Jungen, Petros aus Thessaloniki. Meine Mutter nahm ihn mit nach Hause und fortan kochte sie von dem Wenigen, das sie hatten, auch noch für ihn, wusch und flickte seine Kleidung. Der Junge und meine Schwester Hertha sind gleichaltrig, verlieben sich und werden prompt vom ehemaligen Lehrer meiner Schwester, der in der Nachbarschaft beim Händchenhalten wohnte erwischt. Er denunziert sie beim NSDAP-Kreisleiter Hermann Oppenländer. Dieser bestellt sie und meine Mutter ein und droht ihr an, Hertha würden wegen "Rassenschande" auf dem Gmünder Marktplatz die Haare geschoren, wenn sie das Verhältnis nicht beende. Fortan können sich die beiden nur noch heimlich in der Wohnung sehen.

Kriegsende und Nachkriegszeit

Mitte März 1945 sieht der Vorgesetzte meines Vaters, dass die Front näher rückt und der Krieg verloren ist. Er stellt seinen Leuten Entlassungspapiere aus und schickt sie nach Hause. Es gelingt meinem Vater, Ende März heil zu Hause anzukommen. Meine Mutter versteckt ihn bis zum Einmarsch der Amerikaner in Gmünd am 20. April auf dem Dachboden.

Meine Eltern möchten nun in Friedenszeiten in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft neu beginnen, und so komme ich im Juni 1946 als viertes Kind auf die Welt. Im September 1946 gründet mein Vater mit finanzieller Unterstützung meiner Großeltern eine eigene Autowerkstatt

Das Trauma der Nazizeit ließ meine Eltern nie los. Aber sie erhofften Gerechtigkeit in der neuen Republik. Mein Vater tritt dem VVN bei und



Elisabeth und Oscar Wahl mit ihrer Tochter Anita, 1946. Quelle: privat.

kämpft um eine Wiedergutmachung für das erfahrene Unrecht und die gesundheitliche Beeinträchtigung. Zunächst wird der Antrag, den er im März 1948 stellt, abgelehnt mit der Begründung, es lägen keine Unterlagen über eine Haft vor. Erst als er die eidesstattliche Erklärung des ehemaligen Mithäftlings Otto Kraufmann, des damaligen Wirtschaftsbürgermeisters der Stadt Stuttgart, als Beweis vorlegt, werden ihm 1950 675 D-Mark zugesprochen, aber bis 1957 nicht ausbezahlt. Erst nach einer Reklamation erhält er schließlich auf erneuten Beschluss das Geld.

1952 tritt mein Vater schließlich aus der KPD aus, weil er von den Gräueln unter der Schreckensherrschaft Stalins erfahren hatte. Ernüchtert kehrt er zu den Anfängen seiner politischen Einstellung zurück und wählt fortan wieder SPD. In ihrer Heimatstadt fühlen sich meine Eltern auch in der Nachkriegszeit immer noch als Außenseiter. Auch den neuen politischen Verhältnissen trauen meine Eltern lange Zeit nicht, weil an vielen Stellen immer noch alte NSDAP-Anhänger in den Amtsstuben saßen wie Franz Konrad, 1934 bis

1945 OB in Gmünd, der sogar 1954 noch einmal mit 77% wiedergewählt worden war. Ich selbst habe die Ausgrenzung noch in meiner Kindheit erfahren müssen.

Erst in den 1950er Jahren normalisierte sich das Leben unserer Familie. Mein Vater gründete in Schwäbisch Gmünd einen Ortsclub des ADAC. In diesem Kreis fand er neue Anerkennung und viele Freunde.

Leider konnte mein Vater die neue Zeit nicht mehr lange genießen. Er starb am 13. Februar 1962 nach langer schwerer Krankheit mit nur 61 Jahren. Meine Mutter erlag am 5.4.1972, einen Tag nach Ostern, einem Schlaganfall. Auch sie wurde nur 68 Jahre alt.

Neben den Erzählungen meiner Mutter verdanke ich das Wissen über die Geschichte meiner Eltern den bisher unbearbeiteten und deshalb unbekannten Gmünder Polizeiakten, die der Leiter des Stadtarchivs in Schwäbisch Gmünd Dr. Konzen für mich aufbereitet hat. Wertvolle Hinweise zum Wiedergutmachungsverfahren fanden sich im Staatsarchiv Ludwigsburg.

Verfolgung von Ulmerinnen im NS

Was die nationalsozialistische Politik für Frauen in Ulm und Neu-Ulm bedeutete, soll hier anhand von fünf Kurzbiografien vorgestellt werden, die für den 27. Januar 2024 recherchiert und bei der zentralen Gedenkveranstaltung vorgetragen wurden. Die lokalen Lebensgeschichten zeigen ein großes Spektrum von Verweigerung zugeschriebener Rollenmuster, aber auch viele Formen geschlechtsspezifischer Repression.

Josef Naßl/Paul Timm

Friederike Heilbronner: Verfolgung aus politischen Gründen

Friederike Heilbronner wurde am 16. September 1888 in "Laibach" (heute: Ljubljana) geboren und wuchs in der Nähe von Regensburg auf. Hier besuchte sie bis zu ihrem 14. Lebensjahr die Volksschule und danach eine Klosterschule.

Die Familie zog 1913 nach Ulm, wo ihr Vater bei Magirus als Schließer beschäftigt war. Friederike Heilbronner war während des Ersten Weltkriegs Pflegerin im Festungshauptlazarett in Ulm und trat 1914 dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband bei, einer freien Gewerkschaft, die Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor organisierte. Nach der Novemberrevolution 1918/19 arbeitete sie zunächst weiter als Pflegerin und wurde in den Betriebsrat gewählt. 1919 wechselte sie den Arbeitsplatz und wurde Aufseherin im Amtsgerichtsgefängnis Ulm. 1920 trat Friederike Heilbronner in die SPD ein und stieg zügig in leitende Positionen auf: Sie übernahm die Wahlkreisleitung für Fürsorge- und Jugendfragen und den Vorsitz im Ausschuss der Frauengruppe. Mitte der 1920er Jahre wurde sie in die Ortsvereinsleitung der SPD gewählt und engagierte sich im erweiterten Landesvorstand der SPD Württemberg. Zu ihren Aufgaben gehörten die Bereiche "Agitation und politische Fragen". Im Alter von 38 Jahren musste Friederike Heilbronner ihre Anstellung als Gefängnisaufseherin krankheitsbedingt aufgeben und erhielt wegen ihrer Dienstunfähigkeit ein Ruhegeld. Trotzdem engagierte sie sich weiterhin politisch. 1927 kandidierte sie für den württembergischen Landtag, jedoch ohne Erfolg. Nach der Machtübertragung auf die

Nationalsozialisten engagierte sich Friederike Heilbronner im Widerstand. Sie wurde am 19. Dezember 1933 von der Politischen Polizei Württemberg verhaftet und kam einige Zeit später in Untersuchungshaft ins Amtsgerichtsgefängnis Stuttgart. Gegen sie und zehn weitere Beschuldigte wurde Anklage wegen "Vorbereitung zum Hochverrat in Verbindung mit gemeinschaftlichen Verbrechen im Sinne des Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien" erhoben. Konkret wurde ihr zu Last gelegt, parteiinterne Anweisungen der seit dem 15. März 1933 verbotenen "Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" (SAP) zu vervielfältigen. Der Hauptangeklagte in dem Prozess, der Ulmer Wilhelm Sauter, erhielt diese aus Berlin und gab sie an Friederike Heilbronner, damit diese die Informationen auf ihrer Schreibmaschine abtippen konnte. Insgesamt soll sie mindestens fünf bis sechs solcher Abschriften angefertigt haben. Trotz monatelanger Untersuchungshaft wurde sie nicht verurteilt, sondern mit zwei weiteren Angeklagten im Rahmen einer Generalamnestie am 22. August 1934 aus der Haft entlassen.

Nach ihrer Entlassung stand Friederike Heilbronner vor dem finanziellen Ruin. Rückwirkend wurde ihr die Berufsunfähigkeitsrente ersatzlos gestrichen. Darüber hinaus wurde ihr eine Sterbeversicherung, die sie vor 1933 als Altersvorsorge abgeschlossen hatte, gekündigt. Während der gesamten Zeit des Nationalsozialismus lebte Friederike Heilbronner in finanziell schwierigen Verhältnissen. Von 1946 bis 1957 engagierte sie sich wieder sozial als Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt. Ab 1948 versuchte sie, in einem zermürbenden Verfahren mit verschiedenen Anträgen finanzielle Wiedergutmachung für ihre politische Verfolgung zu erlangen. 1950 wurde ihr eine geringe Haftentschädigung zugesprochen. Das Todesdatum von Friederike Heilbronner ist unbekannt.

Anna Bausenhart: Opfer nationalsozialistischer Zwangssterilisation

Anna wurde am 9. April 1920 als Tochter von Jakob und Katharina Bausenhart in Ulm geboren. Schon als Baby litt sie unter Krampfanfällen, im Alter von ca. sechs Wochen wurde bei ihr eine Gehirnerkrankung festgestellt, die auch zu einer längeren

Bewusstlosigkeit führte. Etwa im Alter von 12 Jahren hatte sie vermehrt Symptome, die in der Universitätsklinik Tübingen als "Veitstanz" (Chorea Huntington) interpretiert wurden, einer seltenen genetischen Erkrankung des Gehirns, die zu Bewegungsstörungen sowie psychischen Veränderungen und Verhaltensstörungen führt. Die Krankheitssymptome traten in den folgenden Jahren unregelmäßig und in unterschiedlicher Heftigkeit auf.

Im Alter von 15 Jahren wurde Anna Bausenhart angezeigt, um ein Verfahren zur Zwangssterilisation vor dem Erbgesundheitsgericht Ulm einzuleiten. Dies geschah auf Basis des NS-Unrechtsgesetzes "zur Verhütung erbkranken Nachwuchses". Sogenannte "erbkranke" Menschen sollten auch gegen ihren Willen "unfruchtbar" gemacht werden.



Anna Bausenhart, ca. 1935. Quelle: StA Ludwigsburg, FL 30 I Bü 277.

Hintergrund war aber nicht die Erkrankung, sondern eine militärgerichtliche Untersuchung gegen einen Soldaten, der sexuellen Umgang mit der 15-jährigen Anna gehabt haben soll, möglicherweise unter Einsatz von Gewalt. Im Zuge dieser Ermittlungen wurde der Ulmer Amtsarzt Dr. Eduard Scheffold angeschrieben, der nun ein eigenes Verfahren gegen Anna Bausenhart am Erbgesundheitsgericht eröffnete. Er erstellte

ein medizinisches Gutachten mit körperlichen, familiären, sozialen und intellektuellen Befunden. Scheffold trat im Fall von Anna Bausenhart wie in vielen anderen Fällen als der treibende Initiator bei der Durchführung von NS-Zwangssterilisationen in Ulm auf. Er schrieb Gutachten, stellte Anträge, war als Beisitzer Teil des Gerichts und stand dabei im direkten Kontakt mit den Opfern und Angehörigen, auf die er Druck ausüben konnte.

In seinem Gutachten zu Anna Bausenhart stellte Scheffold zunächst fest, dass sie ein gutes Schulwissen habe und die im Verfahren vorgeschriebene Intelligenzprüfung gut beantworten könne, trotzdem sah er eine Indikation zur Zwangssterilisation, da Anna eine "asoziale, schwer erziehbare Person" sei, der "Begriffe von Anstand und Moral" fehlten und die über einen "übermäßigen Sexualtrieb" verfüge. Der Logik nationalsozialistischer Ideologie und geschlechterspezifischer Diskriminierung folgend, machte Scheffold die Minderjährige und nicht den Soldaten für den Geschlechtsakt verantwortlich. Diese Täter-Opfer-Umkehr hatte für Anna Bausenhart gravierende Folgen. Sie wurde zwangsweise sterilisiert und ihr wurde so jede Möglichkeit genommen, eigene Kinder zu kriegen. Die Zwangssterilisation wurde am 16. August 1935 im städtischen Krankenhaus Ulm durchgeführt. Über das weitere Leben von Anna Bausenhart ist derzeit nichts bekannt.

Erika Schmid: Selbstbehauptung in der katholischen Jugend

Erika Schmid widersetzte sich dem vom Nationalsozialismus zugeordneten Rollenmodell und engagierte sich auch nach dem Verbot noch in ihrem katholischen Jugendverband. Erika Schmid, von Freunden "Eri" genannt, wurde am 18. Mai 1918 in Ulm geboren, wo sie am 16. September 2003 verstarb. In einem katholischen Milieu aufgewachsen, schloss sie sich 1932 im Alter von 14 Jahren dem "Heliand-Bund" an, einem bis heute bestehenden Verband katholischer Frauen und Mädchen. Diese Mitaliedschaft ermöglichte es ihr, Teil einer Gemeinschaft zu sein, die Mädchen gingen auf Fahrten und Nachtwanderungen. Werte wie Wahrhaftigkeit, Natürlichkeit, Selbstständigkeit und Hilfsbereitschaft, die den "Heliand-Bund" ausmachen, stimmten auch mit Erikas Überzeugungen überein.

1933, kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, hatte der "Heliand-Bund" bereits 1.600 Mitglieder, deren Anzahl trotz Repres-



Erika Schmidt, 1930er. Quelle: Heliand-Archiv.

salien stieg. Erika und andere Mitglieder wurden gezielt unter Druck gesetzt, sich dem neuen Regime anzupassen und sich den NS-Jugendorganisationen anzuschließen. Ihr Statement "Ich habe nie die Fahne der Hitlerjugend gegrüßt" drückt ihre Widerstandshaltung gegenüber dem NS-Regime aus, galt es doch als Verbrechen den Fahnengruß zu verweigern. Auch dass Erika mit ihren Kameradinnen 1934 singend und mit Transparenten auf einem offenen Lastwagen auf dem Weg zu einem Gautag des "Heliand-Bunds" durch Ulm fuhr, zeigt ihren Widerstandsgeist.

Trotz immer stärker werdendem Druck weigerte sie sich, aus dem "Heliand-Bund" auszutreten. Im Gegenteil: Sie ging in ihrem Engagement in der Jugendorganisation noch einen Schritt weiter und wurde 1936 "Burgfrau". Sie war somit Stadtführerin aller Ulmer Gruppen und nahm eine exponierte Rolle innerhalb der Ulmer Jugendkultur ein. Folgenlos blieb ihr Engagement nicht: Der Zugang zum Abitur blieb ihr nach dem Realschulabschluss am St. Hildegard Gymnasium verwehrt und die Pläne ein Studium aufzunehmen, wurden so zunichtegemacht.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich Erika Schmid weiter für ihre Wertvorstellung ein. Zusammen mit Otl Aicher und Inge Aicher-Scholl trieb sie die geistige Erneuerung Ulms nach der Zeit des Nationalsozialismus voran. Im Herbst 1945 wurde Erika von Inge zur Mitarbeit am Projekt Ulmer Volkshochschule aufgefordert und stürzte sich ins Ungewisse. Die beiden Frauen begannen am 1.

Juni 1946 und Erfolge ihrer Arbeit ließen nicht lange auf sich warten. Ursprünglich Sekretärin, wurde Erika noch im ersten Jahr, ohne Abitur und Studium, zur ersten Geschäftsführerin der vh Ulm. Auch nachdem sie sich 1978 nach 32 Jahren Arbeit an der Volkshochschule von ihr verabschiedete, engagierte sie sich weiter sozial. Erika Schmid verstarb 2003 in Ulm

Alice Stoß-Wallersteiner: antisemitische Verfolgung und Überleben unter Todesangst

Am 18. Februar 1895 wurde Pauline Rosenstiel, genannt Alice, als Tochter des jüdischen Ehepaars Oskar und Rosa Rosenstiel in Neustadt an der Weinstraße geboren. Während des Ersten Weltkriegs arbeitete sie für das Rote Kreuz als Kriegspflegerin in einem Mainzer Lazarett. Dort lernte sie ihren zukünftigen Ehemann, den Ulmer jüdischen Arzt Dr. Hugo Eugen Wallersteiner kennen, den sie am 11. September 1917 in Neustadt heiratete. Bereits wenige Wochen darauf zog das Paar, nach



Alice Stoß-Wallersteiner, 1930er. Quelle: Stadtarchiv Ulm.

Neu-Ulm. 1919 bekam Alice ihren ersten und einzigen Sohn, Kurt Wallersteiner, der später nach England emigrierte. Bereits 1930 wurde ihre Familie das Ziel einer überregionalen antisemitischen Hetzkampagne. Im "Stürmer" erschien ein Artikel, der Hugo Wallensteiner als "Musterjuden von Ulm" diffamierte. Im selben Jahr starb Hugo Wallersteiner im Alter von 48 Jahren.

Drei Jahre später, am 6. Februar 1933, heiratete Alice den nichtjüdischen Gynäkologen Dr. Ludwig Stoß, der

11

zuvor von Neu-Ulmer NS-Größen vor den Folgen der Eheschließung gewarnt worden war. Nach der Heirat zog Alice zu ihm in die Augsburger Straße 45. Alice Stoß-Wallerstein trat auf Drängen der Neu-Ulmer Stadtführung am 12. Juni 1933 aus der Israelitischen Glaubensgemeinschaft aus und konvertierte zum Katholizismus. Trotzdem hetzte "Der Stürmer" weiter und forderte die Absetzung ihres Ehemannes als leitender Krankenhausarzt. Alice selbst wurde als "große, korpulente Jüdin mit allen üblen Eigenschaften ihrer Rasse" beschimpft. In der Folge verlor Dr. Ludwig Stoß sein Amt. Es wurde ihm aber gestattet, im Interesse der Stadt Neu-Ulm weiter zu praktizieren. Die Anfeindungen und Ausgrenzungen gegen die Familie Stoß fanden kein Ende. Städtische Sachbearbeiter und Behörden verweigerten in Fällen von Denunziationen und Anfeindungen wiederholt die Hilfe. 1936/37 kam es zu Hausdurchsuchungen durch die Gestapo wegen angeblicher Diebstahlsdelikte.

In der Nacht des 10. November 1938 wurde Alice im Rahmen des Novemberpogroms aus der Wohnung heraus verhaftet, ins Neu-Ulmer Amtsgerichtsgefängnis gebracht und dort für einen Tag und eine Nacht inhaftiert. Auf Betreiben des Zweiten Bürgermeisters der Stadt Neu-Ulm Josef Ostermann wurde sie wieder auf freien Fuß gesetzt. Ihr Ehemann soll zu führenden Nationalsozialisten in Ulm und Neu-Ulm gesagt haben: "Wenn meiner Frau auch nur das geringste passiert, werde ich keinen mehr von euch operieren." Die Stimmung gegenüber dem Ehepaar Stoß blieb feindlich. Kreisleiter Rödel erwähnte das Ehepaar in seinem Bericht an die Gauleitung im Mai 1943 implizit. Er kritisiert die Tatsache, dass Juden, die mit "Ariern" verheiratet sind, nicht auch zum Tragen des

"Judensterns" verpflichtet werden. Anfang März 1945 wurden Alice und Ludwig Stoß anlässlich des Luftbombardements evakuiert und fanden zunächst Unterschlupf im Wullenstetter Gasthaus Krone. Aus Angst aufgespürt zu werden, versteckte sich Alice Stoß anschließend in der Guttal-Mühle bei Pfaffenhofen. Die ganze Zeit verharrte sie im Kalten und Dunklen, ohne ein warmes Bett, nur auf einem Stuhl, wobei sie unter starken körperlichen Beschwerden litt. Mit einer Gelenkentzündung und einer Baucherkrankung hatte sie als jüdische Frau einer so genannten "privilegierten Mischehe" - wie die zynische Bezeichnung der Nationalsozialisten lautete - die Shoah mit am Ende täglicher Furcht um ihr Leben überlebt. Nach dem Krieg übernahm Ludwig Stoß die Leitung der Chirurgischen Klinik in Ulm. 1954 wurde ihre Ehe geschieden.

Alice Stoß-Wallensteiner starb am 12. November 1979. Sie wurde auf dem Ulmer Friedhof im jüdischen Teil neben ihrem ersten Ehemann Hugo Eugen Wallersteiner beerdigt.

Berta Schilpp: denunziert wegen "Rassenschande"

Berta Schilpp wurde am 20. April 1920 in Ulm als Tochter des Korbmachers Heinrich Schilpp und seiner Frau Ursula geboren und wuchs in der Schuhhausgasse 9 auf. Sie arbeitete bei der Firma Wieland, als die 21-jährige dort im Sommer 1941 den 22-jährigen französischen Kriegsgefangenen André Bezzi sah, der im Zwangsarbeiterlager Gänswiese interniert war und bei Wieland Malerarbeiten zu verrichten hatte. Die beiden jungen Menschen fanden Interesse aneinander und der junge Franzose steckte ihr wiederholt Zettel zu. Berta verliebte sich in den jungen Mann. Eine Beziehung zwischen einer Deutschen und einem Zwangsarbeiter war strikt verboten und

wurde propagandistisch als "Rassenschande" bezeichnet. Wurde sie entdeckt, drohten schwere Strafen, von Haft über Zwangssterilisierung bis zur Todesstrafe. Berta Schilpp und ihr Freund wurden von einem älteren Wieland-Mitarbeiter angezeigt, der ihnen nachspioniert hatte. Noch am selben Tag wurde die Gestapo aktiv, verhörte Zeugen und auch Berta. Diese räumte die Bekanntschaft mit André Bezzi ein und auch, dass sie sich in ihn verliebt hätte.

Berta kam in Polizeigewahrsam und es wurde bei der Ortsgruppe eine politische Beurteilung angefordert. In dieser stand, sie sei gegenüber Partei und Staat teils ablehnend und kritisierend. Die 21-jährige wurde am 7. Oktober 1941 wegen eines Vergehens des verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen zu sechs Monaten Haft verurteilt und sie wurde in das Frauengefängnis Gotteszell überstellt. Am 16. Dezember 1941 wurde sie laut Gnadenordnung entlassen, allerdings mit 3-jähriger Bewährungsauflage. Am 3. Oktober 1946 wurde das NS-Urteil aufgehoben. 1950 heiratete sie Erwin Bittlinger. 1951 wurde der Sohn Dieter geboren. Alle drei sind inzwischen verstorben; Berta Schilpp starb 2009.

Die Kurzbiografien wurden für den Gedenkabend am 27. Januar 2024 erarbeitet. Der Dank gilt allen Recherchierenden sowie Autor*innen der Kurzbiografien.

Berta Schilpp: Willy Schilpp und Ulrich Seemüller

Alice Stoß-Wallersteiner: Stefanie Helm und Jan Eberenz auf Basis der Forschung von Eberhard Merk

Erika Schmid: Marlene Ochowski und Markus Stadtrecher

Friederike Heilbronner: Paul Timm Anna Bausenhart: Josef Naßl

Das DZOK lebt vom engagierten Einsatz vieler Ehrenamtlicher und zu einem großen Teil von Ihren Spenden.

Dafür Ihnen allen ein ganz herzliches Dankeschön!

Bitte lassen Sie mit Ihrer Unterstützung nicht nach:

Spendenkonto

IBAN: DE02 6305 0000 0007 6490 62

Sonderkonto "Stiftung Erinnerung Ulm" IBAN: DE98 6305 0000 0002 7207 04

SWIFT-BIC: SOLADES1ULM

(Sparkasse Ulm)

Flagge zeigen für Demokratie

Am 28. Februar 2024 hat sich in Ulm ein breites Bündnis für Vielfalt und Demokratie gegründet. Warum das DZOK zu den Initiatoren gehörte und was seitdem geschehen ist, erläutert die Vereinsvorsitzende Elke Reuther.

Elke Reuther

Es braucht wohl oft erst einen Blick in Abgründe, bevor Bewegung in die breite Gesellschaft kommt. Der Bericht des Rechercheteams "Correktiv" über das Geheimtreffen in Potsdam war ein solcher Blick. Aus der Geschichte wissen wir iedoch. dass wir uns nicht darauf verlassen dürfen, dass ein einziger Blick zum Wachrütteln genügt. Es braucht ein gemeinsames und dauerhaftes demokratisches Engagement, um nicht noch einmal einen Sturz in Abgründe wie in den 1930er Jahren erleben zu müssen.

Für ein solches Engagement steht das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg mit seiner Bildungs-, Rechercheund Forschungsarbeit, mit seinem kritisch-bürgerschaftlichen Engagement in der KZ-Gedenkstätte und der lokalen Erinnerungskultur. Wir leisten seit Jahrzehnten etablierte und erfolgreiche Maßnahmen gegen das Vergessen und für eine gegenwartsbezogene Bildungsarbeit im städtischen und überregionalen Kontext.

Doch die kritischen Worte zu den aktuellen Herausforderungen der



Demonstration "Gemeinsam gegen Hass und Hetze der AfD. Für unsere Demokratie!" am 20. Januar 2024 in Ulm. Foto: Archiv DZOK Ulm.

Gedenkstättenarbeit von Prof. Jens-Christian Wagner, dem Leiter der Buchenwald. Gedenkstätte sicher vielen, die an der letzten Gedenkfeier zum Volkstrauertag im November 2023 in der Ulmer Gedenkstätte teilgenommen haben, noch im Gedächtnis geblieben. Und auch Elke Gryglewski hat beim Stiftungsjahrestag am 14. Februar viele spannende Impulse zum Thema gebracht (siehe Seite 15). Wie mit diesen Herausforderungen umgehen? Dies ist seither Thema in vielen Gesprächen, die wir aktuell führen. Die Forderung Wagners, dass wir "- aus der Geschichte heraus-

gearbeitet - selbstkritisch unsere eigene politische, ethische und soziale Haltung im heutigen Leben hinterfragen", wurde schon wenige Wochen nach der Gedenkfeier durch das Bekanntwerden der Inhalte des Treffens in Potsdam noch einmal verdeutlicht.

Ein erster konkreter Schritt des DZOK in diese Richtung war die Beteiligung an der Ulmer Großdemonstration gegen Hass und Hetze der AfD vom 20. Januar 2024. Angefragt vom Ring politischer Jugend, der die Ulmer Demonstration organisiert hatte, übernahmen Dr. Nicola Wenge und Elke Reuther einen der Redebeiträge vor über 10.0000 Menschen auf dem Münsterplatz. Daran anschließend wurden wir Teil des Initiator*innenkreises für das Bündnis für Vielfalt und Demokratie und organisierten die Gründungsversammlung im Roxy am 28. Februar mit, an der dann ca. 500 Personen teilnahmen. Seither haben fast 1.800 Einzelpersonen den Aufruf des Bündnisses, für unsere Demokratie Gesicht zu zeigen, unterzeichnet und Stand März 2024 sind 69 Organisationen dem Bündnis beigetreten.

Das Bündnis ist keine selbständige Organisation oder ein rechtsfähiger Verein, sondern hat das Ziel, die bestehenden Strukturen besser zu vernetzen und kurze Wege vorzubereiten, die bei Bedarf ein schnelles Handeln und öffentliche Stellungnahme für Demokratie und Vielfalt ermöglichen. Das aktuelle Bündnis



Das DZOK-Banner, Foto: Archiv DZOK Ulm.

baut dabei auf die Arbeit des Bündnisses gegen Rechts auf, das in Ulm bereits seit vielen Jahren existiert. Wir wollen die aktuelle Bündnisarbeit aber breiter aufstellen und neue Milieus und Unterstützer gewinnen, so dass die Notwendigkeit, klar Stellung gegen Rassismus und demokratiefeindliche Äußerungen und Taten im Alltag zu nehmen, noch deutlicher aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Auf der Liste der Unterzeichnenden stehen inzwischen neben öffentlichen und vielen zivilgesellschaftlichen Institutionen auch Einrichtungen der Kirchen und der SSV Ulm. Wichtig ist weiterhin, Unternehmen und Verbände in der Region für das Bündnis zu gewinnen.

In den letzten Wochen haben die Bündnispartner*innen sehr unterschiedliche Formate für dieses Anliegen entwickelt und umgesetzt: Den Auftakt machten die Gewerkschaften zum 1. Mai. Es folgten vielfältige Aktionen zum 75. Geburtstag des Grundgesetzes, bei denen die Schülerselbstverwaltungen ebenso präsent waren wie die Ulmer Senior*innenorganisation "Generationentreff". Zahlreiche weitere Akteur*innen boten Veranstaltungen, Infostände und Workshops an, u.a. auch das DZOK für den Schüler*innenaktionstag mit zwei Workshops in der KZ-Gedenkstätte am 16. Mai. Breiten Anklang fand auch das Benefizkonzert für Vielfalt und Demokratie aus der Kulturszene "Palastrock im Alten Theater" am 18. Mai. Im unmittelbaren zeitlichen Kontext zu den Europa- und Kommunalwahlen vom 9. Juni standen schließlich die hochkarätige Veranstaltung von Landgericht, Anwaltsund Richterverein mit Prof. Malte Graßhof, Präsident des Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg sowie die Großveranstaltung "Fest der Demokratie" am 7. Juni.

Ob es dem Bündnis gelungen ist, für Demokratie und Vielfalt zu mobilisieren und Unentschiedene zur Wahl der demokratischen Parteien zu bewegen, lässt sich zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels noch nicht sagen. Fest steht nur, dass die Weiterarbeit an einem kritischen Geschichts- und Demokratiebewusstsein kein Kurzstreckenlauf, sondern ein Marathon ist.

Das DZOK wird als Teil des Bündnisses und mit seinen eigenen Bildungs- und Informationsangeboten weiterhin aktiv sein.

Mehr Infos zum Bündnis unter:

www.demokratie-ulm.de

Rede-Beitrag von Elke Reuther/Nicola Wenge für das DZOK bei der Ulmer Demonstration gegen Hass und Hetze der AfD vom 20.1.2024

1933 richteten die Nationalsozialisten das KZ am Oberen Kuhberg ein. Hier wurden die Instrumentarien der Gewalt erprobt und damit die nationalsozialistische Herrschaft gesichert.

Die ehemaligen Häftlinge setzten sich nach 1945 mit dem Aufruf "Nie Wieder" gegen das Vergessen ein und waren letztendlich auch die Initiatoren der heutigen Gedenkstätte. Sie schlossen sich damit dem Schwur von Buchenwald an, den Nazismus mit seinen Wurzeln zu vernichten und eine Welt des Friedens und der Freiheit aufzubauen. Zeitgleich leistete der Ulmer jüdische Musiker Peter Ury, der im Exil in London den Holocaust überlebt hatte, den Schwur, dass die Verschleppung seiner Mutter und ihr Tod im KZ Theresienstadt nie vergessen werde.

Wir als Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg haben uns diesen Aufträgen verpflichtet. Wir arbeiten daran, dass das Wissen um die Verbrechen der Nationalsozialisten und die Hintergründe, die die nationalsozialistische Machtübernahme ermöggesellschaftlich lichten, bleiben.

Damit hier nie wieder durch Zusammenwirken von Politik, Polizei und Justiz Menschenrechte außer Kraft gesetzt werden. Nie wieder politische Gegner von Rechtsextremen und kri-

Kurz nach der Machtübernahme tische Journalist*innen mundtot gemacht werden. Nie wieder Menschenverachtung, Rassismus und Gewalt staatlich geduldet oder gar angeordnet werden.

> Jetzt, fast 80 Jahre nach dem Schwur von Buchenwald, wieder eine rechtsradikale Partei die Macht in Deutschland übernehmen. Die AfD wurde lange als bedeutungslos und kurzlebig unterschätzt, sie ist inzwischen zur zweitstärksten Partei aufgestiegen. Die Partei sät systematisch Hass und verroht die Sprache. Sie bedroht die Demokratie, ihre Gegner*innen und alle, die nicht in ihr völkischrassistisches Konzept passen. Im November 2023 haben Vertreter der AfD mit Unternehmern und Rechtsextremen diskutiert, wie sie einen Masterplan zur Vertreibung von Millionen umsetzen können.

> Es gibt ein berühmtes Geheimtreffen von Unternehmern, Rechtsextremen und Rechtskonservativen aus dem Jahr 1933: Am 4. Januar 33 trafen sich der rechtskonservative Exkanzler Franz von Papen und Adolf Hitler in der Villa des Kölner Bankiers Schröder. Dieses Treffen gilt als "Geburtsstunde des "Dritten Reichs".

> Lasst uns verhindern, dass das Geheimtreffen von 2023 in die Geschichte eingeht. Dass die ras-

sistischen Vertreibungspläne der extremen Rechten Wirklichkeit werden. Dass die AfD weiter Zulauf bekommt. Dafür müssen wir jetzt zusammenstehen

Wir müssen uns jetzt wehren ...

- Gegen sog. "Masterpläne" zur Deportation von Menschen
- Gegen die Ausgrenzung und Bedrohung von Minderheiten
- Gegen den Missbrauch und die Angriffe auf die Erinnerungskultur
- Gegen das Leugnen historischer Fakten
- Gegen die Verrohung der Sprache und die Wiedereinführung völkischer Begriffe

Wir müssen uns jetzt einsetzen ...

- Für die Achtung der Menschenrechte und die Unterstützung von Geflüchteten
- Für eine offen gelebte Vielfalt in unserer Gesellschaft
- Für eine demokratische Streitkultur, die sich klar gegen rechts positioniert
- Für eine Bildung, die zu kritischem Denken befähigt
- Für eine lebendige Erinnerungskultur, die das Wissen um die NS-Verbrechen und das "Nie Wieder" der Überlebenden weiterträgt.

Gegen Hass und Hetze der AfD. Gemeinsam für unsere Demokratie – jetzt!

Herausforderungen für die Gedenkstättenarbeit

Die Wahl dieses Themas für den 21. Jahrestag der Stiftung Erinnerung in Ulm am 14. Februar war zwar vor den großen Demonstrationen für die Verteidigung der Demokratie erfolgt, aber durch das Bekanntwerden rechtsradikaler Planungen für eine künftige fremdenfeindliche Gesetzgebung noch brisanter als zuvor.

Karin Jasbar

In ihren Begrüßungen zitierten sowohl der damalige Oberbürgermeister Gunter Czisch als auch die Stiftungsvorsitzende Elisabeth Zoll aus Studien zur gesellschaftlichen Mitte und deren Radikalisierung. Beide mahnten zum aktiven Eintreten eines jeden Anwesenden für die Demokratie. Die Hauptreferentin des Abends, Dr. Elke Gryglewski von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten und Leiterin der Gedenkstätte Bergen-Belsen, konzentrierte sich deshalb nach ihrer Benennung von Ursachen für die Unzufriedenheit mit der Demokratie und der Zunahme menschenfeindlicher Vorurteile in der "Mitte" der Gesellschaft auf die Frage, welche Herausforderungen sich daraus für die Gedenkstättenarbeit ergeben.



Referentin Dr. Elke Gryglewski, 14. Februar 2024, Foto: Archiv DZOK Ulm.

In diesen Zeiten der wachsenden Demokratiefeindlichkeit gebe es gelegentlich den Vorwurf "Die Erinnerungskultur/die Gedenkstätten haben versagt". Diesen Vorwurf weist Elke Gryglewski klar zurück. Denn wenn die grundlegenden demokratischen Werte von populistischer und rechtsradikaler Propaganda leichtfertig im Alltag, in den Medien und in Wahl-

kämpfen in Frage gestellt werden, muss die Reaktion darauf von allen gesellschaftlichen Gruppen erfolgen. Niemand kann erwarten, dass Gedenkstätten das "reparieren", was die Gesellschaft nicht leistet.

Wenig Beachtung findet zudem, dass eine Reihe von Gedenkstätten inzwischen selbst Opfer rechtsextremer Gewalt sind. Beschädigungen und Schmierereien an Gedenkorten, die von den Tätern vielfach sofort fotografiert und online gestellt werden, organisierte rechtsradikale Auftritte mit offensiven Slogans und Inszenierungen vor dem historischen Hintergrund und nicht zuletzt Provokationen und Störungen von Gruppenführungen zeugen davon.

Gleichzeitig müssen Gedenkstätten wegen ihrer wichtigen Funktion als Orte kritischer Geschichtsvermittlung und Demokratiebildung in dieser schwierigen Lage auch sich selbst in ihrer Verantwortung überprüfen etwa hinsichtlich der Aufgabe, wie sie Bezüge zur Gegenwart herstellen und wie sie ihre Funktion als Lernund Reflexionsorte ausfüllen.

In der gegenwärtigen Situation sollten sich Gedenkstätten nach Gryglewski auf zwei Aspekte fokussieren:

1. Gedenkstätten sind Orte, die deutlich konträr zur NS-Ideologie funktionieren. Also nicht Orte der Exklusion, sondern Orte der Teilhabe, wo niemand Diskriminierungserfahrungen macht. Sie dürfen nicht Orte der Unterdrückung sein, sondern sollten sich als Orte der Demokratie zeigen, z. B. durch das Aushandeln der Themen, Methoden und Bedingungen für Veranstaltungen sowohl mit den Gästen als auch mit dem Personal der Gedenkstätte, ausgehend immer vom Bewusstsein, dass sie nach innen und nach außen wirksam sind. Sie sind nicht Orte fehlender Menschenrechte wie in der NS-Zeit sondern Orte der Menschenrechte.

2. Gedenkstätten als Orte, die das Lernen aus der Geschichte plausibel machen.

Es ist Kernaufgabe der Gedenkstätten, die Geschichte des Nationalsozialismus nachvollziehbar zu machen, d.h. sie als Prozess darzustellen, z.B. war 1933 der NS nicht "plötzlich" da, sondern Machtübernahme und Verfolgung waren das

Ergebnis einer langen Entwicklung. Multiperspektivität muss für Anschaulichkeit sorgen, das Aufzeigen von Strukturen und Motivationen (auch der Täter) das Verständnis erweitern. Es gilt Kontinuitätslinien herauszuarbeiten, z.B. kann man gegenwärtige Phänomene gruppenbezogener Menschlichkeit nicht verstehen, wenn man nicht ihren Ursprung und dann ihre Weiterentwicklung seit 1945 betrachtet. Wichtig ist es aber auch, auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Vergangenheit und Gegenwart hinzuweisen. Viel Kompetenz ist zudem erforderlich, um bei heutigen menschenverachtenden Gewalt- und Terroraktionen gewählte Bezüge zum Nationalsozialismus darzustellen und zu interpretieren, wer oder welche Gruppe bei Aktivitäten oder künstlerischen Werken vergleichbare "Bilder" oder "Momente" inszeniert. Und man muss natürlich genauso fragen, aus welcher Intention heraus ein "Vergleich" zwischen vergangenen und gegenwärtigen Ereignissen oder Personen angestellt

Wie seit langem und auch weiterhin gilt für die Gedenkstättenarbeit ein Überwältigungsverbot bei der Verwendung grausamer Bilder, ein quellenkritischer Einsatz von Bildund Textquellen (wer hat unter welchen Umständen das Bild/den Text erstellt?) Ferner ist auf die Altersangemessenheit des Materials und der Veranstaltung zu achten und sind veränderte Rezeptionsgewohnheiten mit einzubeziehen.

In der Podiumsdiskussion zusammen mit Frau Zoll und Dr. Nicola Wenge als Ulmer Gedenkstättenleiterin wies Frau Gryglewski darauf hin, dass Provokationen bei Führungen eher von Erwachsenen ausgehen als von Jugendlichen. Jugendliche seien in der Regel offener, es gilt, sie zu interessieren, was am besten in Programmen gelingen kann, die länger als zwei Stunden dauern.

Nach Überlegungen des Podiums, was ein Rechtsruck in den Bundesländern für die Arbeit der Gedenkstätten bedeuten könnte, verwies ein Zuhörer darauf, dass für die Entstehung der Gedenkstätten Jahrzehnte an Anstrengungen und Zusammenhalt aus der Gesellschaft nötig waren und dass dieses Engagement wieder mobilisiert werden müsse – auf noch breiterer Ebene.

Ein christlich-jüdisches Beziehungsgeflecht

Am 24. Januar 2024 fand in Laupheim die feierliche Eröffnung der neuen Dauerausstellung des Museums mit dem Titel "Jüdische Beziehungsgeschichten" statt. Ein gelungener Wurf – findet DZOK-Mitarbeiterin

Silke Maurmaier

Der große Festsaal im Museum war bis auf den letzten Platz gefüllt. Ingo Bergmann, Oberbürgermeister von Laupheim, und der Staatssekretär des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württembergs, Arne Braun, sprachen vor vielen geladenen Gästen Grußworte. Paula Lutum-Lenger, Direktorin des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg (HdG); Cornelia Hecht-Zeiler, die die neue Ausstellung kuratiert hat und der Gestalter Detlef Weitz (Büro für museale und Szenografie Chezweitz, urbane Berlin) führten in das Proiekt ein und stellten das neue Ausstellungskonzept vor. Die geplante Eröffnung der neuen Dauerausstellung hatte sich, bedingt durch erhöhte Kosten und personelle Veränderungen, um fast ein Jahr verzögert. Doch das Warten hat sich gelohnt!

Rückblende: 2021 erhielt der vom HdG erarbeitete Förderantrag für eine neue Dauerausstellung im Museum Schloss Großlaupheim aus dem Bundes-Förderprogramm "Investitionen für nationale Kultureinrichtungen in Deutschland" der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) einen Zuschuss über 625.000 Euro. Das HdG ist Kooperationspartner des Museums Schloss Großlaupheim und hatte bereits 2006 die Vorgängerausstellung erarbeitet. Insgesamt wurden von der BKM, der Stadt Laupheim und Förderern des Museums fast zwei Millionen Euro in das Projekt investiert. Im Winter 2022 begann der komplette Rückund Ausbau der alten Dauerausstellung. Neue Leitungen mussten verlegt und die Räume WLAN-fähig gemacht werden, die alten Parkettböden wurden restauriert. Parallel dazu wurde das Konzept der Ausstellung vom HdG federführend entwickelt und gemeinsam mit dem Büro Chezweitz und der Stadt Laupheim umaesetzt.



Objekte im Ausstellungsraum zum Thema "Gestalten und Zusammenkommen". Quelle: Museum zur Geschichte von Christen und Juden Schloss Großlaupheim.

Ortstermin: Durch die Renovierung wirken die Räume nun heller und übersichtlicher. Das Raumkonzept der alten Dauerausstellung war geprägt von Stellwänden und Querstreben. die die Räumlichkeiten kleiner und dunkler wirken ließen. Von der Decke hängende, bunte Stoffstreifen empfangen jetzt die Besucher*innen im Treppenhaus des Museums und geleiten vom Erdgeschoss hinauf in das 1. Obergeschoss. Im ersten Raum bündeln sie sich in einem stilisierten weißen Webrahmen, aus dem sich eine Stoffbahn spannt: Darauf eine Collage aus Fotos und Stickereien von Personen, die die Laupheimer Geschichte prägten und noch immer prägen, zum Beispiel durch ihre Versöhnungsarbeit. Die Stoffbahnen ziehen sich angelehnt an eine Produktionsstraße durch die Ausstellungsräume und symbolisieren das Beziehungsgeflecht von Christen und Juden. Auf diesem textilen "Untergrund" sind Objekte angebracht. Der unterschwellig über die Jahrhunderte existierende Antisemitismus zieht sich jedoch als Webfehler durch die Stoffbahnen. Im Fokus des neuen Ausstellungskonzeptes steht das Miteinander, die Interaktionen von Christen und Juden. Unter den Stichworten "Schützen und Anpassen", "Gestalten und Zusammenkommen" und "Unterstützen und Feiern" wird die gemeinsame Geschichte von Christen und Juden durch Objekte und neu entwickelte Medienstationen aufgezeigt.

Laupheim feiert in diesem Jahr 300 Jahre gemeinsames Leben von Christen und Juden in Laupheim. Über die Grenzen Laupheims bekannte Persönlichkeiten aus der jüdischen Gemeinde, wie etwa Carl Laemmle, der die Filmstudios "Universal Pictures" begründete, der Komponist und Kantor Moritz Henle, der Bankier Kilian von Steiner, die Seifensiederei von Emil Heilbronner (heute Dr. Bronners Naturseife), der Jugendstilkünstler Friedrich Adler, die Haarfabrik Bergmann, die Leichtathletin Gretel Bergmann, um nur einige zu nennen, aber auch viele unbekannte jüdische Bürgerinnen und Bürger trugen zum wirtschaftlichen und kulturellen Wachstum Laup-

Im Raum mit der Überschrift "Hetzen, Ausgrenzen, Zuschauen" ist der farbige Untergrund einem weiß-schwarz melierten Gewebe gewichen, die Farben sind verblasst. Und schließlich der offene Bruch der Ko-Existenz und des Miteinanders zwischen Christen und Juden, der Novemberpogrom 1938 - gestalterisch dargestellt durch zwei Stofffetzen, die links und rechts im Gang herunterhängen, den Blick auf das raumhohe Schwarzweiß-Foto der Laupheimer Synagoge am Ende des Flures lenkend. Danach dominieren in der Raumgestaltung die Farben Weiß und Grau. Auf großen Schwarzweiß-Fotos des Schützenvereins und des Radfahrvereins werden die jüdischen Mitglieder nach und nach ausgeblendet. 1942 wurden die letzten jüdischen Einwohnerinnen und Einwohner aus Laupheim deportiert. Im Vergleich zur alten Ausstellung wird den Themen "Deportation und Arisierung" im wahrsten Sinne des Wortes mehr Raum gegeben. Der ganz in Weiß gehaltene Raum zum Thema: "Ausrauben, Fliehen, Deportieren" ähnelt einem Labor. Schubladen, Regaltüren und Hörstationen fordern auf, hinter die Fassade zu schauen.

Nachdem man einen kahlen Raum durchschritten hat, der für die Sprachlosigkeit und Leere in den Beziehungen nach dem Holocaust steht, öffnet sich der letzte Ausstellungsraum in einer überraschend warmen Farbigkeit: zurückgebrachte oder von ehemaligen jüdischen Bewohner*innen Laupheims bzw. von deren Nachkommen geschenkte Objekte sind in Glasvitrinen mit Stahlseilen an der Decke und am Boden angebracht: wie etwa die Wiener Tischuhr der Familie Weil. Sitznischen laden ein, den Geschichten der Objekte zuzuhören, die stellvertretend für ihre Besitzer*innen sprechen und so die Erinnerung an sie wachhalten. An diesem Punkt knüpft die Ausstellung wieder an ihren Beginn an – es waren zunächst einzelne Personen, die nach 1945 die losen Enden der Beziehungsfäden wieder aufgenommen haben und ihnen ist es zu verdanken, dass solch vertrauensvolle Beziehungen aufgebaut werden konnten, dass die Objekte nach Laupheim zurückgeschickt wurden.

Die neue Dauerausstellung ist ein Gewinn nicht nur für Laupheim, sondern für die Region und darüber hinaus. Ein bedeutender Ort für die historisch-politische Bildungsarbeit, die nicht nur in diesem (Wahl-)Jahr so wichtig ist.

Interview mit Museumsleiter Dr. Michael Niemetz

"Es sollen ja Spuren bleiben"

Ein Interview mit Museumsleiter Dr. Michael Niemetz anlässlich der neuen Dauerausstellung im Museum zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim, einem Kooperationsprojekt der Stadt Laupheim mit dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg und dem Büro Chezweitz aus Berlin.

Die Fragen stellte Silke Maurmaier.

Was war(en) die größte(n) Herausforderung(en), mit der/ denen Sie während der Konzeption der neuen Dauerausstellung, während des Rückbaus und der Umgestaltung der Räumlichkeiten konfrontiert wurden?

Es gab nicht die einzelne übergroße Herausforderung. In der Summe mussten Zeit- und Kostenplan verträglich im Rahmen bleiben, zudem war das Museum während der Projektphase immer auch in Betrieb. Und dann ging die Erneuerung dieser Hauptabteilung insgesamt über vier Jahre, das ist schon recht lang und hat auch die Corona-Pandemie überdauert.

Die neue Ausstellungsgestaltung legt den Fokus auf das Beziehungsgeflecht von Christen und Juden und zeigt die jüdischen Bürgerinnen und Bürger Laupheims als aktive Gestaltende der unterschiedlichen Bereiche der Stadtgesellschaft. Worin sehen Sie den Mehrwert im Vergleich

mit der alten Dauerausstellung, auch gerade hinsichtlich aktueller Bezüge und Relevanz?

Es bleibt dabei, dass wir unsere Vergangenheit als eine gemeinsame Geschichte sehen. Das jüdische Leben wird nicht als Sonderfall behandelt. Die neue Ausstellung arbeitet zwischenmenschliche Interaktion als Geschichtsdimension konkreter als früher heraus, daraus lässt sich Unmittelbares für unsere Zeit und Gesellschaft ableiten. Wie kann ein freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen positiv gestaltet werden?

In der alten Dauerausstellung wurden viel mehr Objekte ausgestellt. Warum die deutliche Reduzierung der Exponate in der neuen Dauerausstellung?

Das Besucherverhalten hat sich schon verändert, überladene Ausstellungen können ihre Wirkung verfehlen oder sogar frustrieren. Uns war das Exemplarische wichtig und natürlich auch das Verwenden neuer Objekte aus der Sammlung.

Haben Sie ein Lieblingsobjekt?

Das ist zufällig auch das größte Objekt der Ausstellung, eine hölzerne Telefonzelle, die vor etwa hundert Jahren kommunikativer Teil des Laupheimer Hopfenhandels war. Sie stand im inzwischen abgerissen Stammsitz der Firma Hopfensteiner. Ihre abenteuerliche Überlieferungsgeschichte steht symbolisch für die nicht einfachen Gegebenheiten, eine zerstörte Kultur – die des deutschen Judentums – sichtbar zu machen.

Das Museum ist ja auch ein außerschulischer Lernort. Wie wird der neue Digitalguide "Audioguide Museum Laupheim" angenommen und können Sie schon feststellen, wie sich die Vermittlungsarbeit dadurch verändert?

Für eine Aussage dazu ist es noch zu früh. Das Medium kommt generell sehr gut an und wird mittlerweile auch als Standard erwartet. Es werden Zusatzinformationen zu Objekten und gestalterischen Motiven geliefert, die auch pädagogisch eingesetzt werden können. Parallel zu den musealen Inhalten gibt es einen virtuellen Stadtrundgang, der den Spuren jüdischen Lebens in Laupheim nachgeht.

Das reale Erlebnis eines Museumsbesuches bleibt aber immer noch unser Hauptanliegen – mit Blick auf den Erlebniswert einer emotional bewegenden Ausstellung zurecht. Es sollen ja Spuren bleiben.

Können Sie einen kleinen Ausblick geben, welche zusätzlichen Veranstaltungen anlässlich "300 Jahre jüdischen Lebens in Laupheim" dieses Jahr geplant sind?

Wir bieten natürlich viele Vermittlungsangebote im Museum an, aber auch in der Stadt und auf dem jüdischen Friedhof. Eine Filmreihe läuft das ganze Jahr über, eine Kunstausstellung zu jüdischem Leben ist für den Herbst geplant. Sogar beim Laupheimer Kinder- und Heimatfest wollen wir uns thematisch einbringen.

Entwicklung neuer didaktischer Angebote

Studentin Hannah Brauchle berichtet über den Start eines neuen Projekts zur Entwicklung didaktischer Materialien für digitalen Bildungsformate in der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg.

Hannah Brauchle

Am Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg ist immer einiges im Gange, und ein Teil davon, in den immer viel Mühe und Expertise reingesteckt wird, ist die stetige Weiterentwicklung des Angebots an Bildung und Vermittlung. Im letzten und vorletzten Jahr wurden im Rahmen des Projekts "Dive. In" neue digitale Angebote zur Lagertopographie des KZ Oberer Kuhberg entwickelt. Ein zentraler Bestandteil dieses Projekts war die Erstellung von Anwendungen, die es Besucher*innen ermöglicht, selbstständig und in verschiedenen Formen auf Informationen und Material zum Lageralltag zuzugreifen und damit nach eigenen Wünschen und Bedürfnissen interagieren zu können. Eines der Ergebnisse ist die virtuelle Lagerdarstellung, die auf der DZOK-Website und in der Dauerausstellung an der Gedenkstätte integriert ist. Für den Einsatz vor Ort an der Gedenkstätte wurde der Medienguide auf einem Tablet konzipiert. Anhand eines Rundgangs ermöglicht das Gerät die eigenständige Erkundung des Geländes mithilfe von Text, Zitaten und Videos. Erweitert wird dies durch Augmented-Realitygestützte Ansichten, die historische Fotos mit der gegenwärtigen Sicht verbinden. Ein weiterer wichtiger Bestandteil ist die Integration eines Diskussionsforums, das es ermöglicht, sich mithilfe eines digitalen Raumes untereinander über Themen und Fragen zur KZ-Gedenkstätte auszutauschen.

Während meines Praktikums am DZOK durfte ich miterleben, wie diese digitalen Angebote entstanden sind und welchen Mehrwert sie für die Bildungsarbeit der Gedenkstätte darstellen können. Nun freue ich mich sehr, in diesem Jahr aktiv an der Gestaltung pädagogischer Formate mitzuwirken und Arbeitsmaterialien zu entwerfen, die Lerngruppen den Einsatz und die Reflexion erleichtern. Auf vielfältige Weise, eben auch mediengestützt, ist dies ein weiterer Baustein, damit die Gedenkstätte ein

Ort ist, an dem man sich aktiv beteiligen kann.

Als Einstieg in dieses Projekt war es für mich besonders spannend zu sehen, wie die Geräte vor Ort bereits angenommen werden und wie sie eingesetzt werden können. Mein erster Eindruck ist, dass viele erwachsene Besucherinnen und Besucher, die sich bewusst für das Ausprobieren der Formate entscheiden, beeindruckt von den Anwendungsmöglichkeiten sind und sich auch gerne durchklicken. Wie sieht es aber mit Jugendgruppen aus und wie können hier digitale Angebote den Besuch und eine mögliche Vor- und Nachbereitung bereichern? Um ein paar Möglichkeiten kurz zu skizzieren: Die digitalen Angebote können auch in personalisierten Rundgängen sinnvoll eingesetzt werden, indem die Teilnehmenden auf zusätzliches Material digital zugreifen. Daneben gibt es viele Möglichkeiten für die Vor- und Nachbereitung unabhängig von der Gedenkstätte. So bietet das digitale Diskussionsforum auch virtuelle Räume für Gruppen, um dort Fragen und Eindrücke zu sammeln, aber auch Arbeitsaufträge und Projektideen auszugestalten. Teil des Projektes und meiner Arbeit ist es, insbesondere für die Arbeit mit Schulklassen eine Handreichung für Lehrkräfte, Begleitpersonen und Interessierte zu veröffentlichen, die aufzeigt, wie mögliche Formate mit digitalem Angebot aussehen können. Dazu wird in den kommenden Monaten einiges entwickelt, aber hier noch ein kurzer Einblick in die Praxis, zum Einsatz des Medienguides bei Rundgängen.

Im April war für mich der erste mediengestützte Rundgang mit einer Schulgruppe. Das war auch für mich trotz Optimismus mit Aufregung verbunden. Los ging's, die Schülerinnen und Schüler nutzen intuitiv das Gerät und sehen, wie

sich durch Augmented Reality mithilfe des Tablets vor dem Tor zur KZ Gedenkstätte und am Ort des ehemaligen Krankenreviers neue Bilder auftun. Es machte Spaß darüber zu reden und die Bilder gemeinsam einzuordnen. Nach Stationen mit und ohne mediale Unterstützung war der Rundgang wieder vorbei und ich merkte, wie wichtig der gezielte Einsatz war. Aktuell denke ich darüber nach, wie freies Erkunden für die Schülerinnen und Schüler möglich gemacht werden kann. Außerdem fällt mir auf, wie viele spannende Möglichkeiten des Geräts ich noch gar nicht zeigen konnte. Dieses Auswählen und verschiedene Varianten für verschiedene Gruppen zu finden, finde ich spannend und freue mich sehr, dieses in der kommenden Zeit weiterentwickeln und ausprobieren zu dürfen.

Wie geht es weiter? Bis zum Jahresende sollen für dieses Projekt zur Einbindung digitaler Angebote in der Vermittlungsarbeit verschiedene Varianten mit Gruppen erprobt, Formate finalisiert und eine Handreichung sowohl digital als auch gedruckt veröffentlicht werden.

Dafür werden weiterhin Rundgänge mit dem Medienguide für unterschiedliche Gruppen erprobt und in Zusammenarbeit mit Schulklassen die Entwicklung von Arbeitsmaterialien und Methoden in digitalen Formaten die Vor- und Nachbereitung des Gedenkstättenbesuchs für Gruppen fertiggestellt.

Schließlich ist mir noch wichtig zu betonen, dass ich diese Formatentwicklung als Gelegenheit empfinde, viele Menschen mitdenken zu lassen und mich daran anschließend bei allen bedanken, die zu diesem Projekt beitragen und Lust haben, Angebote auszuprobieren und ihre Ideen beisteuern.

Mehr dazu in den kommenden Mitteilungen.



Der Medienguide der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg, Foto: 2av.

Neue DZOK-Guides im Gespräch

Petra Wassermann und Katrin Biendl haben sich im Juni 2023 beim Ausbildungsseminar für DZOK-Guides kennengelernt. Inzwischen sind sie gut im DZOK-Team angekommen. Sie haben miteinander über ihre Motive und erste Erfahrungen gesprochen.

Wie bist du zu dem Ausbildungsseminar gekommen?

Petra: Seitdem ich politisch denken kann, war für mich die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und warum Menschen so handeln, wie sie handeln, ein inneres Anliegen, und ich habe mich immer engagiert. Ich wollte mich auch weiter sinnvoll engagieren, nachdem ich seit Sommer 2022 im Ruhestand bin, und als ich die Ausschreibung für das Seminar sah, dachte ich: Das ist es! In dem Workshop hat sich das für mich bestätigt.

Und du?

Katrin: Ich war auf der Suche nach einem sinnvollen Engagement neben meinem Beruf als Lehrerin und der Familie. Bei einer Lehrerfortbildung im DZOK habe ich miterlebt, wie viel wertvolle Bildungsarbeit in der Gedenkstätte gemacht wird und wie wichtig es mir ist, dieses Wissen vor allem, aber nicht nur, im Rahmen meines Berufes weiterzugeben und damit ehrenamtliches Engagement und berufliches Interesse zu vereinen.

Was hat dein Engagement genauer mit deinem Beruf zu tun?

Katrin: Ich bin Lehrerin an einer Beruflichen Schule und habe häufig die Erfahrung gemacht, dass viele – vor allem junge Menschen – die immense Bedeutung von so wichtigen Rechten wie Demokratie, Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung, die Würde des Menschen und persönliche Freiheit nicht in vollem Umfang verstehen.

Hattest du denn in deinem Beruf auch mit solchen Themen zu tun?

Petra: Ich war vor meinem Ruhestand Geschäftsführerin der IG Metall Ulm. Gewerkschafter wurden von den Nationalsozialisten verfolgt, die Gewerkschaftshäuser gestürmt und enteignet. Das prägt unsere Grundhaltung gegen Faschisten. Und aktuell gibt es wie in der Bevölkerung auch Mitglieder, die für die AfD sind.

Das ist ein Spannungsverhältnis, das manchmal auch im Alltag der gewerkschaftlichen Arbeit eine Rolle spielt.

Gab es denn etwas, dass dich bei der Vorbereitung der Führungen überrascht hat?

Petra: Ich hatte mich noch nie mit den verschiedenen Phasen der Konzentrationslager beschäftigt. Für mich waren, wie für viele, Konzentrationslager Orte der Vernichtung durch Arbeit und Massentötung. Die frühen Konzentrationslager waren ja aber ausgerichtet auf die gewaltsame Ausschaltung der politischen Opposition. Umso wichtiger erscheint mir für uns heute, dass wir uns damit befassen, wie schnell das möglich war, und wie die nähere Vorgeschichte dazu war. Das lässt sich in der Gedenkstätte Oberer Kuhberg sehr gut darstellen und nachempfinden.

Ich gebe mal die Frage an dich zurück.

Katrin: Bei der Vorbereitung weniger, aber bei Gesprächen mit Bekannten darüber, dass ich jetzt Guide in der Gedenkstätte Oberer Kuhberg bin und was dort passiert ist. Da hatte ich häufiger die Reaktion, das war doch alles nicht so schlimm, da ist ja niemand umgebracht worden. Das hat mir schon deutlich gemacht, wie wichtig es ist, dass die Geschichte und Bedeutung eines frühen Konzentrationslagers wie die des Oberen Kuhbergs präsent gehalten werden. Wir müssen an dieser Stelle aus der Geschichte lernen, so dass wir den Satz "Nie wieder ist jetzt" verstehen.

Hast du so eine Reaktion "das war ja alles nicht schlimm" auch bei einer Führung erlebt?

Katrin: Nein, da habe ich eher eine große Betroffenheit festgestellt und die Besucher*innen – egal, ob jung oder alt – äußern ihr Erstaunen, dass es Menschen gelang, im Angesicht dieser Bedingungen körperlich und seelisch zu überleben und manchen auch, trotz allem für ihre Ideale und Werte einzustehen.

Welche Erfahrungen hast du bei Führungen gemacht?

Petra: Ich habe immer den Eindruck, dass das Gelände der Gedenkstätte und das Erzählen der Hintergründe und der Haftbedingungen bei den meisten Teilnehmer*innen dazu führt, dass sie versuchen sich in die Situation der Häftlinge hineinzuversetzen und nachzuempfinden, dass sich diese Menschen in einer fürchterlichen und durchweg durch Gewalt bestimmten Situation befanden.

Was ist dir für die künftige Arbeit beim DZOK besonders wichtig?

Petra: An einem Ort wie dem ehemaligen Konzentrationslager Oberer Kuhberg lässt sich deutlich machen, wie schnell Demokratie zerstört werden kann und welche Schritte damals dahin geführt haben, dass uferlose Gewalt zum Staatsprinzip werden kann. Für heute lässt sich daraus lernen, wie zerbrechlich eine Demokratie ist und dass wir auf unsere Demokratie aufpassen müssen.

Und was ist für dich in diesem Zusammenhang in Zukunft wichtig?

Katrin: Das Motto der Gedenkstätte "Die Würde des Menschen ist unantastbar" ist ja auch der erste Artikel unseres Grundgesetzes. Er ist aber eher theoretisch, abstrakt, man kann sich darunter nichts vorstellen. Es gibt wenig Orte, an denen fast schon körperlich erfahrbar wird, wie katastrophal es ist, wenn Menschen ihre Würde genommen wird und wie wichtig es deshalb für jeden und jede von uns ist, diese Erkenntnis aus dem Gedenkstättenbesuch mitzunehmen.

INTERESSIERT AN EINER MITARBEIT?

Wir sind immer auf der Suche nach Freiwilligen, die uns bei unseren vielfältigen Aufgaben unterstützen. In Abstimmung zu Ihren persönlichen Interessen und zeitlichen Ressourcen suchen wir gemeinsam eine passende Aufgabe. Es erwartet Sie ein engagiertes Team, eine offene Atmosphäre, ein kreatives Klima und viele neue Erfahrungen.

Melden Sie sich gerne zu einem Informationsgespräch bei uns unter: info@ dzok-ulm.de oder 0731-21312.
Wir freuen uns auf Sie!

Mögliche Arbeitsfelder:

- Aufsichten und Rundgänge nach inhaltlicher Qualifizierung
- ➤ Unterstützung der Archivarbeit
- > Transkriptionen von Quellen
- Erschließung neuer Bücher
- > Datenbankpflege

Sammeln – bewahren – zugänglich machen

Sammeln, bewahren und zugänglich machen, so kann man die Kernaufgaben eines Archivs kurz zusammenfassen. Wie der Autor diese Aufgabe als Teil des Teams des DZOK in den vergangenen Jahren angegangen ist, wo das Archiv heute steht und was die Herausforderungen für die Zukunft sind, beschreibt er vor dem Hintergrund seines Weggangs aus Ulm und dem damit verbundenen personellen Wechsel.

Josef Naßl

maliger Zwangsarbeiter*innen und anderer Opfergruppen sowie von Personen aus dem Umfeld der Weißen Rose. Die Sammlung ergänzen außerdem Nachlässe von aus der Region stammenden Täter*innen und Mitläufer*innen.

Das Archiv mit den Abgaben durch die Enkelgeneration der Zeitzeug*innengeneration zu erweitern, war ein wichtiger Schwerpunkt meiner Tätigkeit. Sie umfasst aktuell ca. 90 Regalmeter Schriftgut, ca. 9.500 Fotos und ca. 200 dreidimensionale Objekte. Diese Archiverwei-

Personen auf zeitgenössischen Fotografien für Angehörige oftmals nicht mehr möglich. Hier können Archivare vielfach aushelfen. In Zukunft könnten dabei auch neue technische Möglichkeiten, wie etwa automatisierte Gesichtserkennungsverfahren helfen. Verschiedene Rechercheprojekte haben ebenfalls zu einem Zuwachs des Archives und zur inhaltlichen Erweiterung einzelner Sammlungsgebiete geführt, erwähnt sei hier nur die Recherchesammlung für das Gedenkbuch zu NS-Zwangssterilisation und "Euthanasie"-Morden oder auch die umfangreichen Recherchen zur Erweiterung der Online-Häftlingsdatenbank zu den frühen Konzentrationslagern in Württemberg. Unsere Sammlungen dienen so unmittelbar der historisch-politischen Bildungsarbeit, was eine zusätzliche Motivation für die oftmals langwierigen und manchmal belastenden Recherchen darstellt.



Generell haben Archivmitarbeitende den Anspruch, die anvertrauten Materialien dauerhaft zu erhalten und natürliche Zerfallsprozesse zu minimieren. Die Lagerbedingungen im DZOK-Archiv entsprechen heute den vorgegebenen Normen. Dass das so ist, war durchaus ein längerer Weg: Bis 2022 war ein Großteil des Schriftgutes noch in nicht-säurefreien Archivkartons gelagert, die in den 1990er Jahren als Spende des Staatsarchives Ludwigsburg an das DZOK kamen. In einem vor allem durch die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen Helga Kaufhold und Michael Weiß getragenen und von der Landeszentrale für politische Bildung finanzierten Umbettungsaktion konnte das gesamte Schriftgut in säurefreie Kartons verpackt werden. Große Fortschritte wurden in den vergangenen Jahren auch bei der Digitalisierung und Verzeichnung des Fotobestands und der dreidimensionalen Obiekte erzielt. Bei diesen Beständen, wiederum intensiv durch ehrenamtliche Mitarbeit unterstützt, sind wir seit 2023 soweit, dass alle Fotoabzüge und Objekte archivgerecht gelagert und Scans bzw. Aufnahmen digital gespeichert sind. Die Digitalisierung hat dabei einen doppelten Nutzen. Zum einem müssen die Originale nicht mehr "in die Hand genommen" werden, was den Bestand schont, zum anderen können sie schneller



Familie Ury im Austausch bei Recherchen zu ihrer Familiengeschichte mit Archivar Josef Naßl. 2021.

SammeIn - aber was?

Die Archivsammlung des DZOK entstand ursprünglich zur Dokumentation der Verbrechen im KZ Oberer Kuhberg und dem Aufbau einer musealen Darstellung am historischen Ort. Die Sammlung wurde und wird dabei stetig erweitert und ist ein Zeugnis der jahrzehntelangen Forschungs-, Dokumentations- und Vermittlungsarbeit des DZOK. Neben Recherchesammlungen sind es vor allem Archivalien aus privaten Nachlässen, die den Kern der Sammlung ausmachen. Es handelt sich im Wesentlichen um Abgaben ehemaliger Häftlinge der KZ Heuberg und Oberer Kuhberg und von Mitgliedern der Lagergemeinschaft Heuberg-Kuhberg-Welzheim, aber auch um Nachlässe emigrierter jüdischer Ulmer Bürger*innen, eheterung war und ist kein Selbstläufer. Sie erfordert den engen Austausch mit Angehörigen, die oftmals nicht nur als Geber mit dem DZOK in Verbindung stehen, sondern gleichzeitig vielfach noch Informationsdefizite oder Fragen haben, denen es nachzugehen gilt. Darüber hinaus ist es die Kernaufgabe eines Gedenkstättenarchivs, so gut wie möglich den historischen und familienbiografischen Kontext der Abgaben zu erfassen. Dies ist ein stetig weiterlaufender Prozess, der mit höherem zeitlichen Abstand zur NS-Zeit immer dringlicher wird, gehen doch oft beim Generationenwechsel nicht nur ein Verlust von Materialien sondern vor allem auch des Wissens um die Herkunft und Inhalte einher. So ist zum Beispiel die Identifizierung von

genutzt werden, was gerade bei Fotos im Alltagsgeschäft einen erheblichen Vorteil bringt. Eine Herausforderung der nahen Zukunft für das Archiv sind vor allem Platzprobleme im Magazinraum, der durch die stetige Erweiterung langsam eng wird. Gleichzeitig stellen sich auch Herausforderungen der digitalen Langzeitarchivierung, nicht nur der bei der Verzeichnung der digitalisierten Bestände, sondern auch der "born digitals" also derjenigen Materialien, die heute in unserer laufenden Arbeit direkt digital entstehen.

Quellen zugänglich machen – ein Herzstück der Arbeit

Es ist ein zentrales Anliegen des DZOK, die im Archiv bewahrten Materialien und Informationen zugänglich zu machen. Zum einen für externe Nutzer, wie Forscher*innen, Schüler*innen und interessierte Bürger*innen, zum anderen aber auch für Angehörige von NS-Verfolgten und diejenigen, die Materialien an das DZOK abgegeben haben. Dazu gehört die schriftliche Beantwortung von Fragen ebenso wie die persönliche Betreuung im Archiv. Die Unterstützung von familienbiografischen Recherchen und der oft intensive und emotionale Austausch mit Kindern und Enkelkindern von Verfolgten gehört dabei oft zu den spannendsten und wichtigsten Aufgaben, die wir immer in enger Abstimmung zwischen Nicola Wenge und mir und gemeinsam mit dem ganzen Team annehmen. Hierbei zeigt sich wiederum die DZOK-typische Besonderheit der Archivarbeit: Es ist ein integraler Bestandteil, nicht nur wissenschaftliche Proiekte zu begleiten und hierfür Materialien auszuwählen und zur Verfügung zu stellen, sondern auch die pädagogische Arbeit zu unterfüttern und mit neuen Quellen und Zeitzeugenaussagen zu bereichern. In vielen Schüler- und Ausstellungsprojekten mit Annette Lein konnten wir gemeinsam jungen Menschen Zugang zu historischen Materialien und den Hintergründen ihrer Entstehung und Bedeutung vermitteln.

Das Archiv läuft somit nicht einfach im Alltag nebenher, sondern trägt aktiv zu den Zielen des DZOK bei. So kann es sein, das z.B. Bilder aus einem kürzlich angenommenen Nachlass nach ihrer Digitalisierung unmittelbar in die Präsentation eines wissenschaftlichen Vortrags eingehen oder bei einer Führung in der Gedenkstätte als Anschauungsbeispiel dienen. Über die unmittelbare Arbeit des DZOK hinaus ist die externe Nutzung der Archivalien breit gefächert: so wurden und werden

laufend Schülerarbeiten, aber auch universitäre Abschlussarbeiten auf Grundlage unserer Sammlung ver-Lokalforscher*innen und Wissenschaftler*innen werten die Archivalien für ihre Publikationen aus; Fotos werden für Publikationen abgedruckt und Objekte in Ausstellungen anderer Museen und Kultureinrichtungen gezeigt. Auch geografisch ist die Nutzung weit gefächert, so arbeitet aktuell ein Forscher aus Texas an einer Dissertation unter starker Einbeziehung unserer Sammlung, Objekte waren und sind als Leihgaben in Ausstellungen in München, Bern und Bonn zu sehen.

Die Zahl der Anfragen externer Nutzer*innen ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Gleichzeitig nimmt die Vor-Ort-Nutzung für kleinere Anfragen ab, hier wird meist der genaue Bedarf im Vorfeld geklärt und dann werden entsprechende Materialien digitalisiert bereitgestellt. Diese Entwicklung bedeutet seitens des Archivs z.T. einen erheblichen Mehraufwand bzgl. der Klärung und Beantwortung von Anfragen, zudem ist es auch unser Anspruch, Anfragen nicht nur auf Basis unserer Archivalien zu beantworten. Vielmehr versuchen wir stets auch Hinweise auf relevante Bestände in anderen Archiven oder auf entsprechende Literatur zu geben. In Einzelfällen stellen wir Kontakte zu anderen Forschenden oder Angehörigen her. Das Archiv ist also, im Rahmen unserer zeitlichen Möglichkeiten, einer Kultur der Offenheit und Vernetzung verpflichtet, die den Anfragenden in der Suche nach Informationen weiterhilft. Diese zu erhalten und weiterzuentwickeln ist bei steigenden Anforderungen und begrenzter Zeit eine der Hauptherausforderungen für die nächsten Jahre

Zusammenfassend kann ich heute sagen, dass für mich persönlich die Arbeit bereichernd und erfüllend war und es mich mit Freude erfüllt, dass ich einen guten Zustand des DZOK-Archivs feststellen kann. Dies liegt vor allem an der Weitsichtigkeit und guten Arbeit der letzten Jahrzehnte, der Dank geht hier u.a. an Silvester Lechner und Myrah Adams, die den Aufbau des Archives vorangetrieben haben in einer Zeit, in der das keinesfalls Standard zumal in einer so kleinen Einrichtung wie dem DZOK war. Sie haben viele Materialien und Informationen vor dem Verlust bewahrt. Einen erheblichen Professionalisierungsschub und eine grundlegende und zukunftsgerechte Neuordnung erfuhr das Archiv durch Nicola Wenge, die unmittelbar mit dem Beginn ihrer Tätigkeit in Ulm beim Bund und der Stiftung Erinnerung



Schulprojekt zum Reichsbanner. 2022.

Ulm einen entsprechenden Projektantrag stellte und somit Ulrike Holdt nach Ulm holte, die von 2012-2015 die auch heute noch gültigen Rahmenbedingungen für die Archivarbeit schaffte. Ein großer Dank gilt auch den ehrenamtlichen Kolleg*innen, die in den letzten Jahren mit viel Einsatz einen sehr wertvollen Beitrag zur Archivarbeit geleistet haben, stellvertretenden seien hier wiederum Helga Kaufhold und Michael Weiß genannt. Nicht zuletzt gilt der Dank auch dem Vorstand und dem hauptamtlichen Team des DZOK, die die Arbeit im stets wertschätzenden Miteinander immer in ihrer Sinnhaftigkeit bestätigt haben. Stellvertretend seien hier Elke Reuther und Martin König für den Vorstand und Silke Maurmaier und Katja Hamm für das Team genannt. bleibt, meinem Nachfolger

Johannes Lehmann viel Erfolg und Freude bei seiner Aufgabe im DZOK zu wünschen. Vielen Dank an alle Freunde des DZOK, mit denen ich mich in den Jahren seit 2016 austauschen durfte, für die menschlichen Begegnungen, für den interessanten fachlichen Austausch und den gemeinsamen Einsatz für die politisch-historische Vermittlungsarbeit, die in ihrer Bedeutung für jede*n Einzelne*n aber auch für unsere demokratische Gesellschaft unerlässlich ist. Ich hätte diese Arbeit gerne noch fortgeführt, muss mich aber aus privaten Gründen verabschieden. Inhaltlich und als Mitglied des Trägervereins bleibe ich dem DZOK weiterhin verbunden.

Frank Stella und die Stiftung Erinnerung Ulm

Am Samstag, 4. Mai, verstarb in New York der Maler und Bildhauer Frank Stella kurz vor seinem 88. Geburtstag am 12. Mai. Er war ein weltberühmter Künstler, der auch bis heute nachwirkende Spuren in Ulm hinterlassen hat.

Silvester Lechner

Stella war mit einigen Werken schon im Ulmer Museum präsent gewesen, ehe er im Jahr 2000 die Ulmer KZ-Gedenkstätte besuchte und dem Trägerverein am 27. Juni 2000 eines seiner Werke zum Verkauf überließ. Es handelt sich um die polychrome Original-Grafik "Nemerik", die 1999 entstanden war. Davon schenkte er 25 signierte, datierte und unterschriebene Exemplare zum Einzelpreis von 5.000 Dollar der Ulmer Gedenkstätte. Der Kontakt zu Stella war über den Ulmer Bauunternehmer Günter Steinle hergestellt worden. Der Verkauf wurde mit Hilfe der Stadt Ulm, insbesondere dem damaligen Oberbürgermeister Ivo Gönner und der damaligen Leiterin des Ulmer



Frank Stella bei der Übergabe des Bildes "Nemerik" Foto: Archiv DZOK Ulm.

Bankverbindung: **Stiftung Erinnerung Ulm** Sparkasse Ulm, IBAN: DE98 6305 0000 0002 7207 04

+++Neues in Kürze+++Neues in Kürze+++Neues in Kürze+++Neues in Kürze+++Neues in Kürze+++Neues in Kü

Museums, Brigitte Reinhardt, geleistet. Der Erlös des Verkaufs war der Grundstock der am 14. Februar 2003 gegründeten "Stiftung Erinnerung Ulm- für Demokratie, Toleranz, Menschenwürde". Sie feiert jährlich am 14. Februar ihren Jahrestag, heuer im Februar war es der 21.

Zwei Aspekte dieser Schenkung sind von bleibender Bedeutung: Einerseits, dass damit die Erinnerung an die abgründigen Schrecken des NS-Regimes in Ulm, in Deutschland auch im internationalen Kontext Resonanz findet. Und zwar nicht nur als historische Erscheinung, sondern vor allem als Lehre für Gegenwart und Zukunft.

Andererseits wurde genau zu diesem Zweck die Ulmer Stiftung Erinnerung gegründet. Sie macht es historisch und politisch bewussten Bürgerinnen und Bürgern durch Zustiftungen und Nachlässe möglich, diesen Absichten auf Dauer die finanzielle Grundlage zu sichern.

Die Stiftung hat mit Frank Stella ihren bisher größten Förderer verloren und behält ihm ein dankbares Andenken.

Attraktive DZOK-Sommerferienangebote ...

... geben seit einigen Jahren in der Ferienzeit Ulmer*innen und Gästen in Stadt und Region die Möglichkeit, die KZ-Gedenkstätte kennenzulernen, mit Mitarbeiter*innen ins Gespräch zu kommen und neue Perspektiven auf den historischen Ort zu entdecken. Bitte unbedingt im Kalender vormerken: 1., 8., 15. und 22. August sind die diesjährigen Termine. Eine Anmeldung zu den jeweils um 17 Uhr beginnenden Veranstaltungen in der KZ-Gedenkstätte ist nicht nötig. Soviel sei schon verraten: In diesem Jahr werden erstmalig auch Vorstandsmitglieder über ihre ehrenamtliche Tätigkeit im Verein informieren. Das Gesamtprogramm entnehmen Sie bitte der DZOK-Website. (Annette Lein)

"Schloss Dellmensingen 1942" ...

... ein jüdisches Zwangsaltenheim in Württemberg". Unter diesem



Schloss Dellmensingen, 2010. Foto: Ekki01.

Titel rekonstruiert eine Ausstellung des Museums zur Geschichte von Christen und Juden Laupheim aus dem Jahr 2020 erstmalig die historischen Hintergründe und die Leidenswege der Bewohner*innen. Zwischen Februar und August 1942 wurden in das Schloss über 130 zumeist ältere Jüdinnen und Juden aus württembergischen Städten – auch aus Ulm – zwangsweise umgesiedelt, bevor sie deportiert wurden. Die Ausstellung wird im September

und Oktober 2024 in der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg Ulm gezeigt. Mit Blick auf die Ulmer Biografien und Tathintergründe erarbeitet eine kleine studentische Projektgruppe mit Volontär Paul Timm am DZOK seit Juni eine lokale Ergänzung. Um die historischen Hintergründe zu beleuchten, haben die Studierenden nach einem einführenden Projekttag mit Nicola Wenge eine Exkursion nach Laupheim unternommen. Dort stand im Austausch mit Museumsleiter Dr. Niemetz die museale Aufbereitung des Themas im Vordergrund. Zur Vorbereitung eigener Recherchen führten sie dann Gespräche mit DZOK-Archivar Josef Naßl und Stadtarchivar Ulrich Seemüller. Aktuell erarbeiten sie Inhalte und Struktur der Ergänzungstafeln. Die Ausstellung wird zum Europäischen Tag der Jüdischen Kultur in der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg Ulm am 1. September 2024 eröffnet. Schon jetzt herzliche Einladung dazu! (Nicola Wenge)



Die Wanderausstellung im Landratsamt Alb-Donau-Kreis. November 2023. Foto: Archiv DZOK Ulm.

Language matters läuft weiter ...

... nach langjährigem ehrenamtlichen Engagement als Guide und Redaktionsmitglied übernahm Ángel Ruiz Kontara im Herbst 2023 die Verstetigung der Angebote des DZOK-Projekts "language matters". Dazu gehören z.B. der Verleih der Wanderausstellung, die Planung und Durchführung von Workshops und Seminaren, aber auch Vorträge und Präsentationen des Proiekts. Anhand von Begriffen aus der Wanderausstellung wie "Heimat" oder "Asozial" referierte er u.a. beim Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung von Baden-Württemberg und beim Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität in Ulm. Ein zentraler Baustein des Projektes ist die Konzeption und Durchführung von Halbtages- und Ganztagesworkshops an Bildungseinrichtungen. Mit Rollenspielen, Quellenarbeit, politischen Diskussionen und Reflexionen z.B. über den Umgang mit Fake-News werden die Jugendlichen dabei in ihrer Lebensrealität abgeholt. Gemeinsamer Nenner aller Veranstaltungen sind vielfältige zwischenmenschliche Begegnungen mit zahlreichen engagierten Menschen aller Altersklassen und Bildungsmilieus. Im Mittelpunkt dieser Begegnungen steht ein konstruktiver Dialog, der zum Denken anregt. Er selbst formuliert zu seiner Arbeit: "Mein Auftrag als Projektmitarbeiter ist nicht, richtige und falsche vorzuschreiben. Sprachnutzung Vielmehr geht es darum, zur Diskussion und Reflexion anhand von Quellen und pädagogischer Arbeit anzuregen. Gerade in einer Zeit politischer Polarisierung ist es für unsere Demokratie lebenswichtig, Räume für Dialog und Diskussion zu öffnen. Das Sprachprojekt "language matters" erfüllt diesen Zweck deutlich. Hierfür spricht zumindest das große

Interesse des Publikums sowie die wöchentlich kommenden neuen Anfragen: die Exemplare der Wanderausstellung sind teilweise bis Anfang 2025 ausgebucht." Dank an die Landeszentrale für politische Bildung und das Land Baden-Württemberg für die Förderung der Arbeit. (Angel Ruiz Kontara)

WLAN in der Gedenkstätte ...

... und somit ein erleichterter Internetzugang ist seit Mitte Mai 2024 zumindest im ehemaligen Kommandantur-Gebäude nun für Besucher*innen und Projekteilnehmer*innen verfügbar. Was in heutigen Zeiten nach einer kleineren Neuerung klingt, war gar nicht so unkompliziert, sind doch die dicken Wände der Forts ein beachtliches Hindernis für die Funkübertragung. Schon während der Covid-Pandemie haben wir zeitweise mit einer Übertragung mittels vorhandener Stromkabel experimentiert, leider stellte sich diese Methode als zu instabil heraus. Nach Baumaßnahmen zur Verlegung von Netzwerkkabeln Ende 2023, konnten nun an fünf Stellen WLAN-Access Points installiert werden und eine durchgängige Abdeckung im Erdgeschoss und Obergeschoss erreicht werden. So können in Zukunft entsprechende pädagogische Angebote auf einen stabilen Internetzugriff im Gebäude bauen. (Josef Naßl))

Eröffnung Museum "Die Einsteins" in Ulm

Unmittelbar vor Erscheinen dieses Hefts ist es soweit: Am 4. Juli 2024 wirde nach mehrjähriger Vorarbeit das neue Museum "Die Einsteins"

am Weinhof 19 eröffnet. Die Dauerausstellung ist im einstigen Wohnhaus der Großeltern von Albert Einstein und Sitz der Firma, an der sein Vater beteiligt war, untergebracht. Sie befasst sich mit Albert Einstein und seiner Ulmer Familie und erzählt an ihrem Beispiel die Geschichte der jüdischen Gemeinde Ulms im 19. und 20. Jahrhundert. Sie widmet sich dabei auch der Frage, warum Einstein in Ulm geboren wurde und warum die Stadt bis 1933 ein Zentrum der Familie war. Die weitere Geschichte, die bis in die Gegenwart reicht, wird mit bewegenden Biografien und unter Einsatz künstlerischer und digitaler Mittel erzählt. Zur festlichen Eröffnung hat die Stadt Ulm über 40 Angehörige der Familie Einstein eingeladen. Bei der Betreuung der Gäste ist das DZOK - wie bei vorherigen Besuchsprogrammen - eng eingebunden und hat gerne unter-Herzlichen Glückwunsch stützt. zur Eröffnung an Sabine Presuhn, Michael Wettengel und das ganze Team (NW)

Mehr zur Ausstellung unter:



www.einsteins.museum

Interessierte junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren ...

... werden über ein landesweites Ausbildungsprogramm für die Vermittlungsarbeit an Gedenkstätten ausgebildet. Am Ende erhalten alle Teilnehmer*innen ein Zertifikat. Die Ausbildung ist eine Kooperation der Landeszentrale für politische Bildung mit dem Arbeitskreis Jugend- und Vermittlungsarbeit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen Baden-Württemberg (LAGG). Die Vorbereitung der jungen Menschen auf ein Engagement an einer Gedenkstätte umfasst ein Fachmodul zur Sicherung der Wissensgrundlagen, ein Didaktikmodul gedenkstättenpädagogischen und didaktischen Übungen sowie zwei Praxismodule zum Thema "KZ-System" und "Jüdisches Leben". In diesem Jahr hat u.a. DZOK-Mitarbeiterin Annette Lein das Praxismodul zum KZ-System begleitet. Die Gruppe reiste in die Gedenkstätte Natzweiler im französischen Elsass, wo in einzelnen Abschnitten die Kursteilnehmer*innen von ihnen selbst erarbeitete Führungsteile der



Teamer und angehende Jugendguides vor dem Centre européen du résistant déporté, Natzweiler, April 2024, Quelle: LpB BW.

Gruppe in der Gedenkstätte präsentierten. Die Reflexionen z.B. zu den Erfahrungen der unmittelbaren Wirkung des historischen Ortes auf die Rolle als Guide und zum Umgang mit Emotionen fanden in einer sehr zugewandten und konstruktiven Atmosphäre statt. Schon jetzt stehen die neuen Termine für 2025 fest. Anzuschauen über die Website der LpB. (AL)

Der Erinnerungs- und Lernort "Halle $116^{\circ}\dots$

... blickt auf die Zeitgeschichte Augsburgs ab 1933 bis zur Gegenwart. Dieses Gebäude in Augsburg-Pfersee, das ursprünglich die Fahrzeuggarage einer nach 1935 gebauten Wehrmachtskaserne war, wurde von April 1944 bis April 1945 als KZ-Außenlager des KZ Dachau genutzt. Es waren bis zu 2.000 Gefangene gleichzeitig dort unter unmenschlichen Bedingungen untergebracht, die vor allem für die Messerschmitt AG arbeiten mussten. Sie stammten aus Deutschland und ganz Europa, vorwiegend aus Polen und der Sowjetunion. Nach der Befreiung im April 1945 nutzte die US-Armee bis zu ihrem Abzug 1998 die gesamte Anlage als Kaserne. Schon in den letzten Jahren vor dem Abzug konnten ehemalige Häftlinge das Gelände besuchen - unterstützt von der KZ-Gedenkstätte Dachau und von Wolfgang Kucera von der Augsburger Geschichtswerkstatt, der die zivile Zwangsarbeit und die KZ-Arbeit

in der Augsburger Rüstungsindustrie erforschte. Während der Diskussionen um die Entschädigung für die Zwangsarbeit Ende der 1990er Jahre entstand der Gedanke, die "Halle 116" als Gedenkort für die lange unbeachtete Opfergruppe des NS-Regimes zu erhalten und zu gestalten. Dieses Ziel realisierte nun im Herbst 2023 die Stadt Augsburg zusammen mit einer Reihe von bürgerschaftlichen Gruppen und kulturellen Institutionen. Der Fokus der Ausstellung liegt auf der Zwangsarbeit, doch wird auch der Beginn und Verlauf der NS-Zeit in Augsburg thematisiert und im letzten Teil der Einmarsch der US-Armee sowie die Zeit der amerikanischen Besatzung mit der Entnazifizierung und Demokratisierung Augsburgs. Auch der Weg zum Erinnerungsort wird aufgezeigt. Ein Epilog zur "Friedensstadt Augsburg" vertieft Themen wie heutiges Demokratieverständnis und Frieden heute. Die Ausstellung ist optisch abwechslungsreich gestaltet und mit Medienstationen ergänzt. Die Erklärtexte werden durchgehend auch in einfacher Sprache präsentiert, eine Übersetzung ins Englische liegt aus. Der historische Rundgang wird immer wieder durch große Plakate mit Fragen an die Betrachtenden unterbrochen. Am Ausstellungsende gibt es Platz für Gruppenarbeit und ergänzende Materialien.

Buchung von Führungen und Material zur Vor- und Nachbereitung unter halle 116@augsburg.de, allgem. Öffnungszeiten Mi. 10-15 Uhr, Sa./So 11-16 Uhr. (Karin Jasbar)

Weitere Infos unter



Gestapo vor Gericht ...

... heißt die neue Sonderausstellung, die seit dem 7. Dezember 2023 im Erinnerungsort "Hotel Silber" in Stuttgart besichtigt werden kann. Die Gestapo war an nahezu allen NS-Verbrechen beteiligt. Allerdings mussten sich nur wenige der Täter nach 1945 vor einem Gericht verantworten. Wieso Strafprozesse gegen NS-Täter in der jungen Bundesrepublik nur schleppend verliefen, wer sich überhaupt juristisch verantworten musste und wer völlig unbehelligt leben konnte, thematisiert die Sonderausstellung. Auch der ehemalige Kommandant des KZ Oberer Kuhberg Karl Buck wird in dieser Ausstellung näher beleuchtet. (Paul Timm)



Erinnerungs- und Lernort "Halle 116". Foto: Fabian Schreyer / Stadt Augsburg



Bibliothek des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung, 2024. Foto: Silke Maurmaier.

Gedenkstätten – Welche Auswirkungen haben ...

.. gesellschaftliche Polarisierungen? Zu diesem Thema diskutierten Prof. Jens-Christian Wagner und Dr. Nicola Wenge beim 12. Kulturpolitischen Bundeskongress, der am 13./14. Juni 2024 in Berlin stattfand. Er wurde von der Kulturpolitischen Gesellschaft und der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag veranstaltet und von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert. Dr. Michaela Stoffels, Referentin für Kultur beim Deutschen Städtetag, hatte die beiden Gedenkstättenleiter*innen zu diesem Gespräch eingeladen und moderierte es auch selbst. Wagner und Wenge stellten einem interessierten Publikum vor, wie unterschiedlichen Formen gesellschaftlicher Polarisierung die Gedenkstättenarbeit verändern. Gemeinsam diskutierten sie, zu welchen Strategien und neuen Angeboten die Einrichtungen in dieser Situation greifen. Das Gespräch mit Akteur*innen aus wissenschaftlicher und künstlerischer Forschung, Kunst und Kultur, Kulturpolitik, Kulturverwaltung und kultureller sowie politischer Bildung brachte wichtige Impulse zum Umgang mit Polarisierung. Die Teilnahme war inspirierend .(NW)

Das Programm im Überblick:

https://kupobuko.de/

Die Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken (AGGB)

... traf sich vom 10.-12. April zum 38.

Mal und DZOK-Mitarbeiterin Silke Maurmaier nahm erstmalig an einem Treffen der AGGB teil, das dieses Jahr mit 35 Teilnehmer*innen in Berlin stattfand. Tagungsorte waren die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, das Dokumentationszentrum Topographie des Terrors und das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Führungen durch die jeweiligen Dauerausstellungen der Häuser und ihrer Bibliotheken sowie sehr informative Vorträge über Urheberrecht. Provenienzforschung und die mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus Berlin rundeten das Programm ab. Es fand ein sehr offener und auch kritischer Austausch über neue und alte Ausstellungsarchitektur und-konzepte statt. Spannend war es, nicht nur einen Blick auf die Bücherregale werfen zu können, sondern quasi auch "dahinter" und die Arbeitsstrukturen, aber auch die Herausforderungen von größeren Bibliotheken kennen zu lernen. Beim Besuch des antifaschistischen pressearchivs und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz) in Kreuzberg und einer Führung durch die Räumlichkeiten der dortigen Bibliothek und des Archivs beeindruckte die große Bandbreite des Sammlungsbestandes von Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Recherchematerial über Fotos bis hin zu Stickern und Kleidung der extremen Rechten. Herzlichen Dank an alle, die zu dieser gelungenen Tagung beigetragen haben! (Silke Maurmaier)

"Deutungskämpfe im Übergang" ...

... ist der Name eines Forschungs-

verbundes, welcher Deutunas-Friedensstrategien kämpfe nichtstaatlicher Akteur*innen, Gewalt sowie universale Rechte und Diversität erforscht. Es ist ein gemeinschaftliches Projekt von Wissenschaftler*innen der Universitäten Augsburg, Bayreuth und Erlangen-Nürnberg sowie des Instituts für Zeitgeschichte München/ Berlin. Zu einem Symposium am 30. November 2023 lud der Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Uni Augsburg daher Teilnehmer*innen aus verschiedenen Gedenkstätten und Forschungseinrichtungen ein, um gemeinsam über dieses Thema diskutieren zu können. Für das DZOK nahmen Leiterin Dr. Nicola Wenge und Volontär Paul Timm teil. Neben Referent*innen von den KZ-Gedenkstätten Dachau und Buchenwald stellte auch der ehemalige DZOK-Volontär Johannes Lehmann sein Forschungsprojekt vor, welches innerhalb des Forschungsverbundes angesiedelt ist. Gemeinsam wurde so beispielsweise über die Geschichte und Konfliktlinien von Häftlingskomitees sowie die Entwicklung von deren Arbeit diskutiert. Auch das Thema um sogenannte "Pilgerfahrten" an Orte von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen war ein Bestandteil des Symposiums. Der interdisziplinäre Austausch zwischen Vertreter*innen von Gedenkstätten und Angehörigen von Forschungseinrichtungen und Universitäten war sehr fruchtbar und spannend. (PT)

Neue Dauerausstellung der Dokumentation Obersalzberg

Ende September 2023 eröffnete die Dokumentation Obersalzberg ihre neue Dauerausstellung "Idyll und Verbrechen". In insgesamt fünf Kapiteln wird so die Geschichte des einstigen Bergbauerndorfes hin zum zweiten Regierungssitz Adolf Hitlers dargestellt. Die Kapitel sind thematisch angeordnet und geben den Besucher*innen Einblicke in verschiedene Thematiken wie beispielsweise "Staat und Hofstaat", "Gipfel der Aggression" oder auch "Rummelplatz der Zeitgeschichte". Zentral in der Ausstellung ist das vierte Kapitel "Täterorte und Tatorte" platziert. Hier richtet sich der Blick auf Tatorte und die Schickale der Opfer. Die Dokumentation Obersalzberg konstatiert zu diesem Kapitel, dass es keinen

nationalsozialistischen Verbrechenskomplex gab, der keinen Bezugspunkt zum Obersalzberg hatte. Insgesamt ist die Ausstellung gefüllt mit vielen Text-, Bild- und Sachquellen, die den Besucher*innen die dargestellten Inhalte zugänglich machen. Digitale Tools wie historische Filmaufnahmen oder auch Tische, an denen historische Fotos gezeigt und quellenkritisch entschlüsselt werden, machen die Ausstellung zudem noch interessanter. Am Empfang kann das Angebot, einen Audioguide während des Rundganges zu nutzen, angenommen werden. Das Ende der Ausstellung bildet ein Rundgang durch die Bunkeranlage.

Für einen Eintrittspreis von drei Euro für voll zahlende Erwachsene ist ein Besuch vor Ort zudem erschwinglich. Die Ausstellungsmacher*innen konnten die Schwierigkeiten im



"Täterort und Tatorte" – Computersimulation vom zentralen Kapitel der neuen Daueraustellung der Dokumentation Obersalzberg. Foto: ramicsoenario Ausstellungsgestaltung.

Umgang mit "Idyll und Verbrechen" gut darstellen, ein Besuch ist in

jedem Fall sehr lohnenswert. (PT)

her+++Neue Bücher+++Neue Bücher+++Neue Bücher+++Neue Bücher+++Neue Bücher+++Neue Bücher+++Neue Büch

Nadine Recktenwald: Räume der Obdachlosen: Urbane

Erfahrungen zwischen Fürsorge und Repression, 1924-1974. Berlin/ Boston: De Gruyter Oldenbourg 2023. 378 S., 59,95 €.

Die vorliegende Publikation ist eine überarbeitete Fassung der Dissertation von Nadine Recktenwald, die 2019 unter dem Titel "Räume der Obdachlosen. Obdachlosigkeit und Stadt. 1924-1974" von der Ludwig-Maximilian-Universität München angenommen wurde. Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und hat im Rahmen ihres Dissertationsprojekts von 2015 bis 2019 die städtisch geprägten Lebensformen von Obdachlosen im 20. Jahrhundert in Deutschland untersucht. Sie betont zu Beginn, dass es nicht die Obdachlosen gibt, sondern dass es sich um eine heterogene Gruppe handelt.

An welchen Orten hielten sich obdachlose Personen auf? Welche Erfahrungen machten sie im öffentlichen Raum mit dem Staat, der Verwaltung, der Gesellschaft? Die drei großen Hauptkapitel "Die Straße", "Das Amt" und "Das Obdach"

stehen für drei unterschiedliche raumanalytische Ebenen, in denen die Obdachlosen als Akteur*innen lebten. Die Historikerin zeigt in ihrer Untersuchung dieser Ebenen auch geschlechterspezifische Unterschiede auf. Abgesehen davon, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts in einem bisher nicht gekannten Ausmaß Frauen und Kinder, also auch Familien, zu Obdachlosen wurden. machten Frauen andere Erfahrungen als Männer. Weibliche Obdachlose wurden von den gesellschaftlichen und städtischen Ordnungssystemen sowie im normativen Diskurs als "gefährdet" und schutzbedürftig angesehen und das Ziel der kommunalen Fürsorgeeinrichtungen war, ihren "Ehrverlust" zu verhindern. Da manche aus der Not heraus auch als Prostituierte arbeiten mussten, wurde ihnen generell eine "Sündhaftigkeit" und eine "gesundheitliche Gefahr" zugeschrieben. Deshalb wurden sie länger in Heimen untergebracht, stärker überwacht und kontrolliert. Dem männlichen Obdachlosen wurde unterstellt, dass ihm der Wille zum Arbeiten fehlen würde und er kriminell sei.

Nadine Recktenwald beleuchtet mit ihrem sozial- und kulturhistorischen Ansatz sehr umfangreich und detailliert die Lebenswege der Betroffenen sowie die Auswirkungen, die politische bzw. verwaltungstechnische Entscheidungen auf die Biografien der Menschen hatten und haben. Die zwei Jahreszahlen im Titel 1924 und 1974 markieren jeweils Wendepunkte in der Geschichte der Obdachlosen. In der Weimarer Republik wurden 1924 wichtige Reformen im Bereich der Fürsorge angestoßen und ein Rechtsanspruch auf Fürsorge geschaffen. 1974 erfolgte das offizielle Ende der strafrechtlichen Verfolgung der Obdachlosigkeit in der BRD, 1968 war dies bereits in der DDR entschieden worden. Innerhalb jedes der Hauptkapitel stellt die Verfasserin die historische Entwicklung vom Beginn des 20. Jahrhunderts über die Zeit des Nationalsozialismus bis in die 1970er Jahre dar. Für ihre Studie hat sie mehrere deutsche Städte zu dem Thema untersucht, unter anderem Berlin, Essen, Düsseldorf, München oder Stuttgart. Als Beispiel zitiert sie vor allem Ereignisse aus München oder Berlin. Im ersten Kapitel beschreibt sie, wie

die Obdachlosigkeit bedingt durch die neue Mobilität, die Landflucht, aber auch den Wohnungs- und Arbeitsmangel in den Städten von einem ländlichen zu einem urbanen Phänomen wurde. An den öffentlichen Plätzen wurden die obdachlosen Personen sichtbar und zu einem Teil der Stadtgesellschaft, was sich besonders an den Bahnhöfen zeigte. Sie beschreibt, wie Obdachlose im Diskurs der bürgerlichen Gesellschaft, aber auch im normativen Leitbild der Justiz zu einer kriminellen, sittlichen oder gesundheitlichen Gefahr konstruiert wurden. Das zweite Kapitel widmet sich den verschiedenen konfessionellen, privaten und später auch staatlichen Fürsorgeeinrichtungen und der Rolle der Polizei, bzw. der Obdachlosenpolizei. Die Vielfalt an Einrichtungen, aber auch deren Konkurrenz zueinander ist eine der Kontinuitäten in der Geschichte der Obdachlosen. Eine weitere Kontinuitätslinie ist die Einteilung mancher obdachloser Personen in "asoziale Obdachlose". Diese Einteilung gab es zwar bereits zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, wurde aber im Nationalsozialismus radikalisiert und sozialrassistisch aufgeladen mit der Konsequenz, dass die so Bezeichneten verfolgt, zwangssterilisiert, in Konzentrationslager eingesperrt und selbst nach 1945 weiter stigmatisiert wurden. Das Leben der Obdachlosen war bis in die 1970er Jahre in unterschiedlichem Ausmaß von den beiden Polen Fürsorge und Strafe bzw. Kriminalisierung geprägt. Sie wurden wegen Bettelei, Landstreicherei oder weil sie keinen festen Wohnsitz vorweisen konnten strafrechtlich verfolgt. Im dritten Kapitel stellt die Autorin die Orte vor, die den obdachlosen Personen entweder als Unterkünfte zur Verfügung gestellt wurden oder von ihnen selbst dazu gemacht wurden: Das Obdachlosenasyl, die Obdachlosensiedlung, die Bunker und die wilden Siedlungen. Allen gemeinsam war eine ausgrenzende und isolierende Funktion für die Bewohner*innen.

Neben der großen thematischen Bandbreite der Studie und der langen Zeitspanne, die verschiedene politische Systeme und historische Epochen umfasst, ist ein weiterer großer Pluspunkt dieses Buches die Tatsache, dass die Obdachlosen selbst zu Wort kommen. Es sind wenig Selbstzeugnisse von obdachlosen Personen erhalten, meist sind es Quellen aus den Archiven der Kommunalverwaltung, aber auch Beschwerden oder Bittgesuche der Betroffenen. Dadurch erfahren wir Lesenden etwas über das Selbstver-

ständnis der betroffenen Menschen. Obwohl das Buch die Zeit bis 1974 untersucht, hat es sehr aktuelle Bezüge. Es löste bei der Rezensentin beim Lesen eine große Nachdenklichkeit aus: wie begegnen wir im Jahr 2024 in unserer Gesellschaft Obdachlosen in unseren urbanen Räumen?

Silke Maurmaier

Michael Grüttner: Talar und Hakenkreuz. Die Universitäten im Dritten Reich. München: C.H. Beck 2024. 705 S., 44 €.

Michael Grüttner hat sich über viele Jahre mit der Wissenschafts- und Universitätspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigt. Mit dem neuen Buch legt der renommierte Historiker auf der Grundlage jahrelanger Quellenforschung erstmals eine Gesamtdarstellung der Universitäten im Nationalsozialismus vor, die von Rezensenten bereits als "neues Standardwerk" gelobt wird. Die aufschlussreiche Studie gliedert sich in sechs Kapitel, wovon die ersten vier eine chronologische Erzählung sind und die letzten beiden sich übergeordneten Themen wildmen

seinem ersten Kapitel legt Grüttner den Wissensgrundstein für die chronologische Erzählung: Er stellt anhand von den ausgewerteten Quellen dar, wie die Lage der Hochschulen in der Weimarer Republik war, wie die Professoren zur Politik standen und erläutert, welchen Stellenwert Antisemitismus im akademischem Milieu bereits vor 1933 hatte. In diesem ersten Kapitel hält er im Wesentlichen fest, dass 23 Universitäten in der Weimarer Republik existierten, welche allerdings bereits in den Jahren vor 1933 drei wesentliche Probleme aufwiesen: Es fehlte neben finanziellen Mitteln auch am wissenschaftlichen Nachwuchs trotz verdoppelter Studierendenzahl. Dazu kam eine allgemein attestierte "Lebensfremdheit", die auf eine zu starke Spezialisierung der Wissenschaften verwies. Darüber hinaus war die Mehrzahl der Professoren und Ordinarien keine dezidierten Anhänger respektive Freunde der Republik. Sie werden als eine sozial exponierte Gesellschaftsgruppe dargestellt, die vor allem im nationalkonservativen und nationalliberalen Spektrum beheimatet waren. Nichtsdestotrotz herrschte vor 1933 keine flächendeckende Begeisterung innerhalb des universitären Lehrkörpers für die nationalsozialistische politische Agenda. Die Ordinarien waren hinsichtlich der NSDAP eher zurückhaltend und dem "Radauantisemitismus" abgeneigt.

Diese Zurückhaltung zeigte sich auch unmittelbar nach dem 30. Januar 1933: Vor allem die Jungen, also die Studierenden und Privatdozierenden. rangen nun nach Machtstellungen. Die absolutistische Vormachtstellung der Ordinarien sollte aufgebrochen werden und die Verlockung der freiwerdenden jüdisch besetzten Lehrstühle trieb viele Studierende und Angehörige des akademischen Mittelbaus zur NSDAP. Schon früh richtete sich daher auch Gewalt gegen jüdische und politisch unliebsame Professoren. Der Autor stellt in diesem zweiten Kapitel dar, wie Professoren bedroht und aufgrund ihrer politischen Einstellung abgesetzt wurden. Dass Menschen wie Martin Heidegger diese durchaus gewaltsame Zeit auch nutzten, um sich als nationalsozialistische Vordenker positionieren zu können, wird ebenfalls in diesem Kapitel anschaulich dargestellt.

Dass Adolf Hitler selbst eine wissenschaftsfeindliche Haltung hatte und sich ganz offen abneigend gegenüber Professoren verhielt, resultierte nicht zuletzt darin, dass verschiedene Organisationen um eine Vormachtstellung in der Wissenschaftspolitik rangen. Grüttner zeigt auch hier, im dritten Kapitel, wieder aufgrund von zahlreichen Briefen und anderen Textquellen, wie beispielsweise der "Stab Heß" (später Parteikanzlei), Reichserziehungsministerium, das Amt Rosenberg, der Dozentenbund, die Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnenerbe der SS um ein politisches Mitbestimmungsrecht rangen. Doch auch die Gauleiter, besonders Wilhelm Murr, der Reichsstatthalter Württembergs, taten sich hier hervor und griffen stark in den Lehrbetrieb und die Weiterentwicklungen der Universitäten ein. Grüttner konstatiert daher, dass der "polykratische Charakter der NS-Diktatur" die Hochschulpolitik maßgeblich beeinflusst hatte. Ein Befund, der sich auch in den späteren Kapiteln wiederfinden lässt.

Neugründungen von Universitäten beispielsweise im besetzten Frankreich und die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs auf den Hochschulapparat werden vornehmlich im vierten Kapitel des Buches zusam-

mengefasst. So zeigte sich, dass die fehlende nationalsozialistische Wissenschaftspolitik bereits nach wenigen Jahren ihre Früchte trug: stark schrumpfende Studierendenzahlen und enormer Qualitätsverlust, nicht zuletzt verursacht durch die Vertreibung und Flucht renommierter Wissenschaftler. Die starke Militarisierung der Gesellschaft und Wirtschaft bot indes neue Aufstiegschancen, so dass eine akademische Laufbahn an Wert verlor. Spätestens mit Beginn des Zweiten Weltkriegs und dann mit seinen Wendepunkten erkannten die nationalsozialistischen Machthaber, dass ihre Entscheidungen - besonders die Vertreibung jüdischer Wissenschaftler*innen in kriegsentscheidenden Bereichen nachteilhaft waren.

Die beiden abschließenden Kapitel beschäftigen sich mit übergeordneten Themen, die allerdings jeweils chronologisch strukturiert sind. Grüttner geht dort beispielsweise der Frage nach, wie sich während der NS-Zeit einzelne akademische Disziplinen verändert haben. Wie lässt sich die politische Einflussnahme im Lehrbetrieb und auch in der wissenschaftlichen Personalpolitik wiedererkennen? Diese angedeutete Zweiteilung des Buches ergibt für den Lesefluss und die kognitive Teilnahme an den historischen Ereignissen durchaus Sinn.

Michael Grüttners Werk besticht durch die Dichte der ausgewerteten Quellen und überzeugt auch sprachlich. Methodisch wertvoll sind auch die zahlreichen Tabellen, die an geeigneten Stellen die numerischen Fakten leichter sichtbar machen, so dass diese nicht einfach im Fließtext "verloren" gehen. "Talar und Hakenkreuz" ist ein wissenschaftliches Überblickswerk, welches sich auch gerade aufgrund der vielfältig ausgewerteten und methodisch sinnvoll eingesetzten Quellen durchaus einer nicht akademischen Leserschaft gut erschließen kann.

Paul Timm

Peter Rinker:

Und nichts mehr wurde, wie es hätte sein können ... Jugend zwischen Untergang und Neubeginn. Blaubeuren: Edition Dreiklein 2023. 152 S., 12 €.

In dem Buch beschreibt der Ulmer Zeitzeuge Peter Rinker seine Erinnerungen an seine Kindheit während des Zweiten Weltkrieges und seiner Jugend in der Nachkriegszeit. Das Buch ist der Gattung der Kriegskinder-Literatur zuzuordnen, also aus der Perspektive jener Deutschen verfasst, die zwischen 1930 und 1945 geboren sind und die in ihren Erinnerungen die frühkindlichen, oftmals belastenden Prägungen ihres Lebens bearbeiten.

Peter Rinker wurde am 27. November 1939 in Ulm geboren. Sein Vater, Ernst Rinker, wurde mit Beginn des Zweiten Weltkriegs zur Wehrmacht eingezogen. Peter Rinker schildert, wie ab Beginn des Jahres 1943 die Bombenalarme einsetzten. Am 17. Dezember 1944 wurde das Haus, in dem die Rinkers wohnten, von einer Brandbombe getroffen. In letzter Minute schafften es alle, aus dem Keller zu fliehen. Das Haus in der Schaffnerstraße 5 brannte ab und damit alles, was die Familie Rinker besaß. Die gesamte Umgebung stand in Flammen. Peter und seine Mutter gingen in Richtung Bahnhof, weil sie dachten, dass es vielleicht einen Zug aus Ulm hinaus gäbe. Was sie dort erwartete, war furchtbar: Überall lagen Tote auf dem Bahnhofsvorplatz. Der Großteil der Innenstadt war zerstört.

Es hieß, man müsse aus der Stadt hinaus. An der Bahnlinie entlang flüchtete die Mutter mit ihrem Sohn und anderen Leuten aus der Stadt, während der Angriff noch nicht beendet war. Schließlich stieg die Familie in einen Zug, der nach Blaubeuren fuhr. Aber auch dieser wurde von Jaadbombern beschossen. Rinker beschreibt aus der Perspektive eines Fünfjährigen, wie sie irgendwo ankamen und durch die Kälte und den Schnee liefen. Auch der Hunger und der Durst prägten die Erinnerung. Die Bauern, bei denen die Mutter um etwas zu essen für die Kinder baten, jagten sie meistens mit den Hunden vom Hof. Schließlich erreichten sie Günzkofen bei Hohentengen (Oberschwaben) am Abend des 24. Dezembers 1944. Eine Bauernfamilie nahm sie vorübergehend auf.

Irgendwann jedoch mussten sie weiterziehen. Sie landeten im Lehrerhaus in Hohentengen mit anderen Familien, Frauen und deren Kindern. Rinker erinnert sich, dass die Mütter in Hohentengen absolut unwillkommen waren. Der Junge ging in Günzkofen in einen Kindergarten. Aber auch auf dem Weg dahin gab es traumatisierende Situationen, die

sich tief in die Psyche des späteren Verfassers einprägten. So meint er sich zu erinnern, dass sie einmal so tief flogen, dass er die Piloten in der Kanzel habe erkennen können. Sie hätten auf ihn geschossen, obwohl sie hätten sehen müssen, dass es ein Kind war, das um sein Leben rannte. Ob dies eine spätere Rekonstruktion im Prozess der Erinnerung war oder sich tatsächlich so zugetragen hat, erschließt sich der Leserin nicht, subjektiv erscheint sie dem Autor als die von ihm erinnerte historische Wahrheit

1946 kehrten Christine Rinker und ihr Sohn Peter nach Ulm zurück. Sie wohnten bei den Großeltern. Peter kam in die Schule. Da diese aber ausgebombt war, fand der Unterricht in verschiedenen Wirtshäusern statt, wobei im Hintergrund Männer ihr Bier tranken. Als Peter acht Jahre alt war, wurde bei ihm Tuberkulose diagnostiziert, eine gefährliche Krankheit, da es damals keine Therapie dagegen gab. Dank der vom Arzt verordneten Lebensmittel-Sondermarken überlebte er. Im Jahr 1949 kam Peter Rinkers Vater aus der Gefangenschaft nachhause. Peter erkannte ihn nicht. Der Vater sei ein gebrochener Mann gewesen. Zusammen mit anderen Wohnungssuchenden gründete Ernst Rinker die Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Aufbau, die von der Stadt Ulm ein Gelände im Lehrertal in Erbpacht bekam. Nachdem er seine in der Satzung geforderten 2.000 Arbeitsstunden abgeleistet und seinen Genossenschaftsanteil bezahlt hatte, konnte die Familie in ein eigenes Haus einziehen.

Als Vierzehnjähriger wurde Peter Rinker nach sieben Jahren aus der Volksschule entlassen. Mit dem Abschlusszeugnis begann er nach Umwegen eine Lehre bei der Firma Käßbohrer, wo er Werkzeugmacher wurde. Anschließend erhielt er eine Stelle als Werkzeugmacher in der Entwicklungsabteilung der Firma Telefunken. Nach zwei Jahren Berufstätigkeit meldete ihn ein Funktionär des Sportvereins Olympia Laupheim zur Aufnahmeprüfung an der Landessportschule Tailfingen an. Im Jahre 1964 begann Rinker dort sein Sportstudium und ein Jahr darauf im April 1965 begann seine Lehrerlaufbahn in Ehingen.

Das Buch enthält am Ende eine Reihe von Abbildungen und ist fesselnd aus der Perspektive eines Kindes geschrieben. Es handelt sich mit Blick auf die biografische

Entwicklung in der Nachkriegszeit auch durchaus um eine Aufstiegsgeschichte, typisch und stellvertretend für eine Generation, die ihre seelischen Wunden im Wiederaufbau und im Wirtschaftswunder versucht hinter sich zu lassen. Dass dabei in dem Buch die nationalsozialistische Prägung der Stadt und die Ursachen für die traumatisierenden Erfahrungen kaum behandelt werden, ist leider auch ein durchaus verbreitetes Phänomen in der Kriegskinderliteratur. Somit ist das Buch "Und nichts mehr wurde, wie es einmal war" nicht nur die Schilderung einer individuellen Kindheit und Jugend, sondern stellvertretend für den Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus aus der Perspektive einer ganzen Generation.

Silke Kaiser

Brigitte Halbmayr: Brüchiges Schweigen. Tod in Ravensbrück – auf den Spuren von Anna Burger. Wien, Berlin: mandelbaum verlag 2023. 196 S., 20 €.

"Mama, wo ist meine Oma?" Siegrid ist aufgefallen, dass alle Kinder in der Schule eine Oma haben – bloß sie nicht.

Diese Anfangsfrage dient als Vorlage für die Recherche nach Anna Burger, der Oma der kleinen Siegrid. Die Autorin Brigitte Halbmayr (geb. 1965), österreichische Soziologin und Politikwissenschaftlerin, ist am Wiener Institut für Konfliktforschung tätig und engagiert sich als Mitglied

der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück und Freundinnen e.V. Im Laufe ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit lernte sie Siegrid Fahrecker, eine Enkelin von Anna Burger, kennen und begleitete sie bei der Recherche nach ihrer Großmutter. Wer war Anna Burger? Warum wurde sie inhaftiert und nach Ravensbrück deportiert? Wie starb sie?

Die Spurensuche gestaltete sich nicht einfach. Hier und da fanden die beiden Frauen Quellen, eher Puzzleteile, die zusammengefügt werden mussten. Anna Burger, geb. Lasser, kam am 4. Juni 1913 in Klosterneuburg, unmittelbar nördlich von Wien, auf die Welt. Sie stammte aus einer armen Arbeiterfamilie, die unter den wirtschaftlichen Verhältnissen Österreichs nach dem Ersten Weltkrieg besonders leiden musste. In der jungen Republik herrschte damals Armut, Inflation und Arbeitslosigkeit. Eine Ausbildung hatte die junge Frau nicht. Sie übernahm verschiedene Aushilfstätigkeiten. Sehr jung wurde sie Mutter unehelicher Kinder. 1935 heiratete sie den Bahnangestellten Karl Burger, wobei die Ehe bald in die Brüche ging. Weitere Kinder kamen auf die Welt, während sich die juristischen Auseinandersetzungen zwischen Anna und ihrem Ehemann hinsichtlich Lebensunterhalt und Scheidung verschärften. Nach dem "Anschluss" Österreichs 1938 an das Deutsche Reich wurde Anna zur Einweisung in ein Arbeitshaus verurteilt und ihre Kinder wurden ihr weggenommen; sie kamen in Pflegefamilien bzw. zu ihren Eltern. sozialrassistisch motivierten

Anklagen lauteten in den damaligen behördlichen Dokumenten "Verwahrlosung der Kinder" und "Verwahrlosung der Wohnung". Dazu kam noch ein Fall von Diebstahl. So geriet sie in die Verfolgungsmaschinerie der NSDAP und wurde als "asozial" stigmatisiert. 1941 wurde sie in einem Sammeltransport von Wien ins KZ Ravensbrück gebracht. Sie wurde dort zwei Jahre später mittels einer Giftinjektion ermordet.

Lange Zeit herrschte in ihrer Familie Schweigen über Anna Burger. Das Schicksal der Mutter war für ihre Kinder besonders schmerzhaft. Erst nach und nach gelang es einzelnen Familienmitgliedern, insbesondere der Enkelin, neue Details zu ihrem Leben zu erfahren. Treffen der Lagergemeinschaft Ravensbrück, Briefkontakte und fleißige Archivrecherche halfen ihnen dabei, das Schicksal Annas zu rekonstruieren. Eindrucksvoll reflektiert Halbmayrs Buch den Umgang von Kindern, Enkel*innen und Urenkel*innen mit der Vergangenheit. Was war ihnen bereits bekannt? Wollten sie überhaupt mehr über Anna Burger erfahren? Wie gingen sie mit dem Wissen um, dass ihre Mutter bzw. Oma als "asozial" abgestempelt wurde?

"Brüchiges Schweigen. Tod in Ravensbrück - auf den Spuren von Anna Burger" ist die bewegende Erzählung von Anna Burgers Weg nach Ravensbrück und vom Umgang mit ihrer Verfolgungsgeschichte in ihrer Familie.

Ángel Ruiz Kontara

Impressum

Herausgeber:

Dokumentationszentrum KZ Oberer Kuhberg Ulm e. V. Postfach 2066, 89010 Ulm info@dzok-ulm.de www.dzok-ulm.de

Redaktion:

Karin Jasbar, Silke Kaiser, Annette Lein, Silke Maurmaier, Ángel Ruiz Kontara, Christian Schulz, Dr. Nicola Wenge (verantwortlich)

Druck:

Schirmer Medien GmbH & Co. KG

Auflage:

1.500 Exemplare

Bezugspreis:

Mitteilungen des DZOK: 2€ / Heft

Rückmeldungen, Leserbriefe und Anregungen sind erwünscht. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

Spendenkonto:

IBAN: DE02 6305 0000 0007 6490 62 SWIFT-BIC: SOLADES1ULM Sparkasse Ulm

Sonderkonto "Stiftung Erinnerung Ulm":

IBAN: DE98 6305 0000 0002 7207 04 SWIFT-BIC: SOLADES1ULM Sparkasse Ulm

Veröffentlichungen des DZOK

"... daß es so etwas gibt, wo man Menschen einsperrt ..." Das KZ Oberer Kuhberg bei Ulm.

Ein Film von Bernhard Häusle und Siegi Jonas.

Silvester Lechner (Hrsg.):

Die Kraft, nein zu sagen. Zeitzeugenberichte, Dokumente, Materialien zu Kurt Schumachers 100. Geburtstag.

Ulm (DZOK) 1995, 80 S., 10 € (vergriffen)

Bd. 3: Silvester Lechner (Hrsg.):

Schönes, schreckliches Ulm. 130 Berichte ehemaliger polnischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in den Jahren 1940 bis 1945 in die Region Ulm/Neu-Ulm verschleppt worden waren. 2. Aufl., Ulm 1997, 420 S., 20 € (vergriffen)

Bd. 4: Silvester Lechner:

Ulm im Nationalsozialismus. Stadtführer auf den Spuren des Regimes, der Verfolgten, des Widerstands. Ulm 1997, 120 S., 8 € (vergriffen)

Markus Kienle:

Das Konzentrationslager Heuberg bei Stetten am kalten Markt.

Ulm (Klemm+Oelschläger) 1998, 220 S., 50 Abb., 10 € (vergriffen)

Myrah Adams:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das KZ Oberer Kuhberg in Ulm, 1933–1935, Katalog zur Dauerausstellung 2001.
Ulm 2002, 64 S., 138 Abb., 10 €

Markus Kienle:

Gotteszell – das frühe Konzentrationslager für Frauen in Württemberg. Die Schutzhaftabteilung im Frauengefängnis Gotteszell in Schwäbisch Gmünd. Ulm (Klemm+Oelschläger) 2002, 90 S.,12 € (vergriffen)

Vorstand Stiftung Erinnerung Ulm (Hrsg.):

Die Stiftung Erinnerung Ulm – für Demokratie, Toleranz und Menschenwürde.

Ihre Gründung, ihr Zweck, ihre Ziele. Ulm 2004, 64 S., 22 Abb., 10 € Hans Lebrecht:

Gekrümmte Wege, doch ein Ziel. Erinnerungen eines deutsch-israelischen Kommunisten. Herausgegeben von Silvester Lechner, DZOK. Ulm (Klemm+Oelschläger) 2007, 144 S., 30 Fotos, 19,80 €

Roman Sobkowiak:

Eindeutschungsfähig?! Eine polnisch-deutsche Biografie im NS-Staat und in der jungen Bundesrepublik.

Herausgegeben von Silvester Lechner, DZOK. Ulm (Klemm+Oelschläger) 2009, 116 S., 60 Fotos, 19.80 €

Markus Heckmann:

NS-Täter und Bürger der Bundesrepublik. Das Beispiel des Dr. Gerhard Klopfer.

Herausgegeben von Silvester Lechner und Nicola Wenge, DZOK. Ulm (Klemm+Oelschläger) 2010, 120 S., 19,80 €

Annette Lein/Nicola Wenge:

Jugendarbeit und Demokratieerziehung an KZ-Gedenkstätten in Baden-Württemberg. Ein Leitfaden des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg Ulm für bürgerschaftlich getragene Erinnerungsorte, Ulm 2010, 40 S.

Oliver Thron:

Deserteure und "Wehrkraftzersetzer". Ein Gedenkbuch für die Opfer der NS-Militärjustiz in Ulm. Herausgegeben von Nicola Wenge, DZOK. Ulm (Klemm+Oelschläger) 2011, 84 S., 16,80 €

Regierungspräsidium Tübingen, Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (Hrsg.):

"Württembergisches Schutzhaftlager Ulm". Ein frühes Konzentrationslager im Nationalsozialismus (1933-1935). Informationen und Arbeitshilfen für den Besuch der Ulmer KZ-Gedenkstätte mit Schülerinnen und Schülern, Tübingen/Ulm 2013, 125 S., 10 €

Marie-Kristin Hauke/Thomas Vogel: Erinnern in Ulm. Demokratischer Neubeginn nach 1945 und Auseinandersetzungen um den Nationalsozialismus. Herausgegeben von DZOK und Stadtarchiv Ulm. Ulm (Klemm+Oelschläger) 2014, 167 S., 14,80 €

Annette Lein/Nicola Wenge/Juliette Constantin:

"Was geht mich Eure Geschichte an?". Interkulturelle Materialien für den Besuch der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg Ulm mit Schülerinnen und Schülern. Ulm 2015, 44 S. + DVD.

Ulrike Holdt:

Das materielle Erbe der Zeitzeugen sichern – Informationen und Anleitungen zur Archivarbeit in Gedenkstätten am Beispiel des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg Ulm. Ulm 2015, 66 S.

Ingo Bergmann:

1938. Das Novemberpogrom in Ulm – seine Vorgeschichte und Folgen. Herausgegeben von DZOK und Stadtarchiv Ulm. Ulm (Klemm+Oelschläger) 2018, 78 S., 14,80 €

Gudrun Silberzahn-Jandt/Josef Naßl: "... aber ich hoffe, dass ich nicht verloren bin": Gedenkbuch für die Ulmer Opfer von NS-Zwangssterilisation und "Euthanasie"-Morden. Herausgegeben von DZOK und Stadtarchiv Ulm. Ulm (Klemm+Oelschläger) 2020, 207 S., 26,80 €

Nathalie Geyer/Mareike Wacha:

"Man wird ja wohl noch sagen dürfen ...": Zum Umgang mit demokratiefeindlicher und menschenverachtender Sprache. Informationen und Arbeitsmaterialien des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg. Ulm 2020, 81S., 5 €

Arbeitsgemeinschaft "Gedenkstätten an Orten früher Konzentrationslager" (Hrsg.):

Auftakt des Terrors: Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus

Ulm (Klemm+Oelschläger) 2023, 127 S., 9,80 €

Katarzyna Bilicka:

Wacia: Ein fiktives Tagebuch nach dem Leben von Wacława Gałązka. Zwischen Kriegsalltag in Łódź und

Zwangsarbeit in Ulm (1939-1945). Herausgegeben von Dr. Nicola Wenge, DZOK. Ulm. 2023, 84 S., 8 €

Bestellung und Versand (zusätzlich Versandkosten) sind auch über das DZOK möglich!

DZOK-Programm Sommer/Herbst 2024

Die KZ-Gedenkstätte im Fort Oberer Kuhberg

Öffnungszeiten der Gedenkstätte für Einzelbesucher*innen: sonntags 14-17 Uhr

Geführter Rundgang durch die KZ-Gedenkstätte: 14.30 Uhr

Begleiteter Rundgang mit dem Medienguide um 15.30 Uhr Weitere Rundgänge (Themen- und Kombiführungen, Sonderausstellung etc.) siehe Website

Dauerausstellung "Die Würde des Menschen ist unantastbar – Das KZ Oberer Kuhberg in Ulm 1933-1935"

Sonderausstellung: "Auftakt des Terrors. Frühe Konzentrationslager im Nationalsozialismus"

Eine Gemeinschaftsausstellung der AG Gedenkstätten an Orten früher KZ

Laufzeit: 28. Februar 2024 bis 15. August 2024

Sonderausstellung "Man wird ja wohl noch sagen dürfen – Zum Umgang mit demokratieund menschenverachtender Sprache"

Die DZOK-Ausstellung wird ganzjährig gezeigt. Verleihexemplare und Workshops auf Anfrage.

Sonderausstellung "Schloss Dellmensingen 1942. Ein jüdisches Zwangsaltersheim in Württemberg"

Eine Ausstellung des Museums zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim mit einer lokalen Ergänzung durch das DZOK

Laufzeit: 2. September 2024 bis 9. November 2024

Gruppenangebote/Klassenbesuche

sind nach Vereinbarung (mind. 2 Wochen vorher) jederzeit möglich. Auch digitale Führungen und Workshops sowie individuelle Beratungen für Schüler*innen sind buchbar.

Anmeldung über das Büro des

Büchsengasse 13, 89073 Ulm Tel. 0731-21312, Fax 0731-9214056 info@dzok-ulm.de Fachtagung

Historisches Wissen und gesellschaftlicher Bildungsauftrag am Beispiel des Nationalsozialismus in Oberschwaben

Donnerstag 11. Juli – Freitag 12. Juli 2024

KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg und vh Ulm

Kooperationsveranstaltung mit dem Denkstättenkuratorium NS-Dokumentation Oberschwaben in Weingarten, dem ZfP Südwürttemberg in Ravensburg-Weissenau und der vh Ulm, Anmeldung über info@dzok-ulm.de, die Teilnahme ist kostenfrei. Weitere Informationen: www.dzok-ulm.de Donnerstag, 11. Juli 2024 Club Orange, vh Ulm, 19 Uhr

Öffentlicher Abendvortrag mit Prof. Dr. Norbert Frei (Universität Jena)

Freitag, 19. Juli 2024 vh, Unterer Saal, 17 Uhr **DZOK-Mitgliederversammlung** mit Berichten und Diskussion

Sommerferienangebote in der KZ-Gedenkstätte

Erkundungsangebote für Neugierige im August jeweils donnerstags, 17 Uhr

- 1. August.: Blick hinter die Kulissen, Teil 1 Vorstandsmitglieder über ihr Engagement am D7OK
- 8. August: Finissage-Führung mit Dr. Nicola Wenge durch die "Auftakt des Terrors"-Ausstellung
- 15. August: Geschichte entdecken! Eine Erkundung des Lagerkomplexes für junge Erwachsene
- 22. August: Blick hinter die Kulissen, Teil 2 "Making off der Dauerausstellung" mit kleiner Tour ins Außengelände mit Annette Lein Anmeldung nicht erforderlich.

Weitere Termine entnehmen Sie bitte der Tagespresse, der Webseite, dem Newsletter oder unseren Social Media-Kanälen. Infos zu den einzelnen Veranstaltungen, Anmeldungsbedingungen und Programmänderungen auf unserer Webseite. Sonderausstellung und Begleitprogramm im Herbst:

"Schloss Dellmensingen 1942. Ein jüdisches Zwangsaltenheim in Württemberg"

Sonntag, 1. September 2024 (Europ. Tag der jüdischen Kultur) KZ-Gedenkstätte, 11 Uhr

Eröffnung der Ausstellung mit Kurator*innen und Studierenden

Mi. 25. September 2024 Pauluskirche, 19 Uhr

Öffentliches Konzert: Lebensmelodien. Musik aus der Zeit 1933-1945 und jüdische Lebensgeschichten

Ēin Kooperationsprojekt mit der Ulmer Münstergemeinde und Ulmer Schulen

Sonntag, 20. Oktober, 11 Uhr Podiumsgespräch mit Angehö-

rigen und Ausstellungsmachern zu Recherchen und Informationen zu Ulmer Hintergründen

Samstag, 9. November, 14 Uhr **Sonderführung durch die Ausstellung** in Erinnerung an die Opfer des Novemberpogroms und der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik

Sonntag, 8. September 2024 KZ-Gedenkstätte, 14-17 Uhr **Tag des offenen Denkmals**

"Wahr-Zeichen. Zeitzeugen Geschichte" mit Sonderführungen

der

Samstag, 21. September 2024 KZ-Gedenkstätte, 15-18 Uhr **Kulturnacht**

Lesungen und Kurzführungen zur Sonderausstellung "Schloss Dellmensingen 1942"

Donnerstag, 17. Oktober 2024 KZ-Gedenkstätte, 15-18 Uhr Landesweite Lehrerfortbildung

Die aktuellen Bildungsangebote des DZOK im Überblick

In Kooperation mit der GEW Anmeldung: ulf.politz@gew-bw.de

Sonntag, 17. November 2024 KZ-Gedenkstätte, 11 Uhr Gedenken an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft

DZ0K-Mitteilungen Heft 80, 2024 31

Diese Nummer der Mitteilungen wird mit unten stehenden Anzeigen gefördert von:

Braun Engels Gestaltung

Sedanstraße 124, 89077 Ulm Tel. 0731-140073-0 www.braun-engels.de

CDU/UfA-Fraktion im Ulmer Gemeinderat

Rathaus, Marktplatz 1, Tel. 0731-618220 www.cdu-ufa.de, mail@cdu-ufa.de

Dörner Elektrotechnik GmbH

Kohlgasse 31, 89073 Ulm Tel. 0731-96690-0; Fax: 0731-96690-33 info@doerner-ulm.de, www.doerner-ulm.de

Engel-Apotheke Ulm

Apotheker Timo Ried Hafengasse 9, Tel. 0731-63884

FDP-Fraktion

im Ulmer Gemeinderat Rathaus, Marktplatz 1, Tel. 0171-3150904 www.fdp-fraktion-ulm.de, fdp@ulm.de

FWG-Fraktion im Ulmer Gemeinderat

Rathaus, Marktplatz 1, Tel. 0731-161 1095 info@fwg-ulm.de, www.fwg-ulm.de

GRÜNE Fraktion im Ulmer Gemeinderat

Tel. 0731-161-1096, www.gruenefraktion.ulm.de gruene@ulm.de

Kulturbuchhandlung Jastram

Am Judenhof, Tel. 0731-67137 info@jastram-buecher.de

protel Film & Medien GmbH

Olgastraße 143, 89073 Ulm Tel. 0731-9266444 info@protel-film.de, www.protel-film.de

Rechtsanwälte Filius, Brosch & Kollegen

Münchner Straße 15, 89073 Ulm Tel.: 0731-96642-0; Fax: 0731-96642-22 info@kanzlei-filius.de

Schirmer Medien GmbH & Co. KG

Boschstraße 16, 89079 Ulm Tel. 0731-94688-0 info@schirmer-druck.de, www.schirmer-druck.de

Sparkasse Ulm

Hans-und-Sophie-Scholl-Platz 2, 89073 Ulm Tel. 0731-101-0, kontakt@sparkasse-ulm.de

SPD-Fraktion im Ulmer Gemeinderat

Rathaus, Marktplatz 1, Tel. 9217700 spdfraktion@ulm.de, www.spd-ulm.de

meinem Konto mittels Lastschrift bin ich einverstanden.

m ersten Quartal des jeweiligen Kalenderjahrs von

Das SEPA-Lastschriftmandat kann durch schriftlichen

Widerruf beendet werden. Der Mitgliedsbeitrag beträgt

Studierende, Rentner*innen 15€) im Kalenderjahr. mindestens 35€ (für Arbeitslose, Schüler*innen,

Ψ

Datum, Unterschrift

Empfangsbekenntnis zum Datenschutz:

Geschäftsstelle Büchsengasse 13, 89073 Ulm einzusehen; DZOK unter www.dzok-ulm.de/Datenschutz oder in der ch hatte die Möglichkeit, die Datenschutzhinweise des sie wurden mir auch in Papierform angeboten

Datum, Unterschrift

Jnterstützen Sie das Ulmer DZOK! Werden Sie Mitglied! Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm e. V.

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft im

- KZ Gedenkstätte -, Postfach 2066, 89010 Ulm

Beitrittserklärung und Bankeinzugsermächtigung

Name und Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Wohnort

eMail

IBAN

Mit dem Einzug meines Mitgliedsbeitrags in Höhe von